Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 14. | Die „Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423. | Düsseldorf, 5. April 1913. | Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Acken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf. | 15. Jahrg.

Die grosse Aussperrung im Krefelder Textilindustriebezirk.

Die Haltung des sozialdemokratischen Verbandes.

Von sozialdemokratischer Seite wird — wie wir in voriger Nummer schon erwähnten — der für die Arbeiter angeblich ungünstige Ablauftermin des Tarifvertrages als „Angelpunkt" der Bewegung hingestellt. Nun ist es bekanntlich den Bemühungen unserer Verbandsleitung gelungen, die Unternehmer zu folgender Vereinbarung zu bewegen:

„Der Vertrag soll bis zum 1. Dezember 1916 dauern. Für den Fall, daß er ordnungsmäßig gekündigt wird, jedoch bis zum Ablauf des Vertrages eine neue Vereinbarung nicht zustande kommt, sollen bis zum 1. März 1917 wegen nicht Zustandekommens des neuen Vertrages weder die Färbereiarbeiter das Recht haben, zu streiken, noch die Arbeitgeber der Färbereien befugt sein, ihre Arbeiter auszusperren; vielmehr soll in der Zwischenzeit von Dezember 1916 bis Ende Februar 1917 versucht werden, durch Fortführung der friedlichen Verhandlungen den Abschluß eines neuen Tarifvertrages zu erzielen."

Diese Vereinbarung kam durch die Vermittlung des Herrn Oberbürgermeisters zustande. Letzterer setzte daraufhin die sozialdemokratische Verbandsleitung am 18. März von dem Inhalt der Vereinbarung offiziell in Kenntnis und fügte seinem Schreiben folgende Bemerkungen bei:

„Nachdem durch die Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Verband christlicher Textilarbeiter ein den Interessen beider Parteien gerecht werdender Ausgleich gefunden ist, ruht also nunmehr die ganze Verantwortung für das Gelingen der Einigung auf dem „deutschen" Textilarbeiterverband. Ich glaube nicht, daß er durch die Ablehnung seiner Zustimmung die Schuld wird auf sich laden wollen für die schwere Schädigung, die unserer ganzen Industrie und unserer Stadt erwachsen wird, und für all das Unglück und Elend, die in vielen Arbeiterfamilien einziehen werden, wenn der Streik und die Sperre noch lange anhalten.

Ich bitte daher eine Entscheidung des „deutschen" Textilarbeiter-Verbandes herbeizuführen."

Diese Entscheidung ließ aber ziemlich lange auf sich warten. Erst am 25. März, also volle sieben Tage später, traf die Antwort des „deutschen" Verbandes beim Herrn Oberbürgermeister ein. Sie lautet:

„Die uns übermittelte Vereinbarung zwischen dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands und dem Arbeitgeberverband bezw. Schutzverband für das Niederrheinische Seidengewerbe haben wir unserer Färber-Lohnkommission und den Streikenden zur Beratung unterbreitet. Lohnkommission und Streikende erblicken in der Vereinbarung kein weiteres Entgegenkommen seitens der Herren Arbeitgeber und lehnen es daher ab, sich dieser Vereinbarung anzuschließen."

Unterzeichnet ist das Schreiben vom Geschäftsführer des „deutschen" Verbandes, Richard Bretschneider. Zu dieser Antwort haben wir folgendes zu bemerken: Unrichtig ist, daß die Vereinbarung kein Entgegenkommen der Unternehmer bedeute. Man vergegenwärtige sich, was die doch sicher von der sozialdemokratischen Streikleitung inspirierte „Niederrheinische Volkstribüne" in ihrer Nummer vom 14. März schrieb:

„Denn die Festsetzung des Ablaufs des Färbertarifs auf den 6. Dezember sollte es ihnen ermöglichen, die Färbereiarbeiter zu einer Zeit auszusperren, wenn an und für sich ein schlechter Geschäftsgang ist und die vielen Feiertage die Arbeiter wirtschaftlich widerstandsunfähiger machen als sonst. Das war der fein ausgeklügelte Plan der Unternehmer. Und wenn sie ihn noch so oft zu bemänteln suchen: Es glaubt ihnen doch niemand ihre Beteuerungen, der nur einigermaßen denken kann. Der Ablauftermin ist und bleibt der eigentliche Angelpunkt des Tarifs."

Nun verpflichten sich die Unternehmer, die Arbeiter für den Fall, daß bis zum Ablauf des Vertrages eine neue Vereinbarung nicht zustande kommt, vor 1. März nicht auszusperren. Allerdings müssen sich andererseits auch die Arbeiter verpflichten, nicht zu streiken. Somit sind die Befürchtungen des sozialdemokratischen Blattes doch mit einem Schlag aus der Welt geräumt. Der „eigentliche Angelpunkt des Tarifs" existiert nicht mehr. Damit aber ist doch unzweifelhaft eine Verschiebung der Situation zu Gunsten der Arbeiter eingetreten.

Nun wird von den Genossen neuerdings eingewandt, die von uns erzielte Vereinbarung bedeute eine Verlängerung der Tarifdauer um ein Vierteljahr. Das ist nur scheinbar so. In Wirklichkeit können die Unternehmer gar kein Interesse daran haben, sich um den Tarifabschluß im Dezember herumzudrücken. Sie wissen doch ganz bestimmt, daß sie bei ungenügenden Zugeständnissen mit einem Kampf zu rechnen haben. Dieser Kampf aber wird dann dank der erwähnten Vereinbarung in einer Zeit ausgetragen, die für die Arbeiter wesentlich günstiger ist, wie jene beim Ablauf des Vertrages. Das ist ein Umstand, der die Unternehmer zweifellos im Sinne einer sofortigen Vertragserneuerung beeinflussen wird.

* * *

Was das Organ des „deutschen" Verbandes zu sagen hat.

Hören wir nun, was der „Textilarbeiter", das Organ des sozialdemokratischen Verbandes zum Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters zu sagen hat. Er druckt das Schreiben ab und fügt dann bei:

„Danach sucht man also jetzt unseren Verband für die Folgen einer gänzlich unberechtigten Maßnahme der Unternehmerorganisation verantwortlich zu machen. Dieses Verfahren dürfte nicht gelingen, denn es dürfte nicht leicht nachgewiesen werden, daß die Aussperrung auch nur die geringste Berechtigung hat. Ebensowenig ist aber nachzuweisen, daß unser Verband jetzt Anlaß habe, nachzugeben; denn was den streikenden Färbern bisher geboten wurde, ist zu geringfügig dazu; wollte man es annehmen, so brauchte man es gar nicht erst zum Streik, noch weniger aber zur Aussperrung kommen zu lassen; da es nun aber einmal dazu gekommen ist, müssen schon weitergehende Angebote gemacht werden, wenn es zu einer Einigung kommen soll. Die Vereinbarung, die der christliche Verband mit dem Unternehmerverband getroffen hat, kann schon deshalb nicht für unseren Verband maßgebend sein, weil sie ohne unsere Mitwirkung zustande kam, was gegen die Abmachungen verstößt, die wir mit dem christlichen Verband getroffen hatten, nach der stets nur gemeinsam verhandelt werden sollte, wenn es zu Verhandlungen käme. Indes könnte man ja im Interesse der betroffenen Arbeiter darüber hinwegsehen, wenn die — ohne uns — getroffenen Vereinbarungen für die Streikenden günstiger lauteten. Für die schwere „Schädigung der Industrie" bleibt also solange der Unternehmerverband verantwortlich, wie er nicht vermag, den Streikenden günstigere Angebote zu erwirken, aus deren Ablehnung uns mit einigem Recht Vorwürfe gemacht werden können."

Das ist alles, was der „Textilarbeiter" zur Krefelder Bewegung zu sagen hat. Wir müssen gestehen, das ist recht wenig. Fast ist man versucht, anzunehmen, daß die Taktik der Krefelder Führer selbst der sozialdemokratischen Verbandsleitung nicht recht geheuer erscheint. Es scheint uns auch, daß letztere über die Vorgänge bei dieser Bewegung überhaupt nicht richtig informiert worden ist. Sie muß doch wissen, daß der Streik der Färber in der ersten Woche wenigstens nicht vergebens war. Am 25. Februar, dem dritten Streiktage, bewilligten die Unternehmer die weiteren 50 Pfg. pro Woche bereits ab 7. Juni, statt ab 1. Dez. 1913. Weiter wurde die Bezahlung des Allerheiligentages zugestanden. Somit hat der Streik einen Erfolg gezeitigt. Hätten die Färber in dem Moment die Arbeit aufgenommen, dann hätten sich die Opfer des Kampfes gelohnt.

Der „Textilarbeiter" hält sich auch darüber auf, daß die Vereinbarung ohne die Mitwirkung des „deutschen" Verbandes zustande kam. Das verstoße gegen die Abmachungen, die wir mit letzterem getroffen hätten. Da hört denn doch alles auf. Unsere Verbandsvertreter wandten sich ausdrücklich an die Leitung des „deutschen" Verbandes und ersuchten diese, den Vermittlungsversuch mitzumachen. Die sozialdemokratischen Verbandsvertreter aber erklärten, ihre Lohnkommission habe über unsern Vorschlag gelacht. Der „deutsche" Verband lehne es zur Zeit ab, einen weiteren Einigungsversuch zu unternehmen. Er sei seinerseits der Ansicht, die Arbeiter hätten Entgegenkommen genug gezeigt, jetzt müsse der Kampf entscheiden. Erst daraufhin wurde der Einigungsversuch von uns allein unternommen. Und jetzt kommt der „Textilarbeiter" und will uns den Vorwurf machen, wir hätten gegen die Abmachungen verstoßen. Die Logik begreife, wer kann. Sind wir denn die Heloten des „deutschen" Verbandes, die nur nach dessen Pfeife zu tanzen haben? In der Rolle wird uns der „deutsche" Verband nie zu finden vermögen.

Endlich sind dem „Textilarbeiter" auch die erreichten Zugeständnisse zu geringfügig. Gewiß, sie sind nicht voll befriedigend. Aber jede Verständigung beruht auf einem Kompromiß und selten ist es den Arbeitern vergönnt, ihre Forderungen bis zum letzten Tüpfelchen auf dem i durchzusetzen. Wir möchten aber den „Textilarbeiter" mal auffordern, uns die Bewegungen vom Umfang der Färberbewegung in Krefeld zu nennen, bei denen er unter ähnlichen Verhältnissen höhere Zugeständnisse erreicht hat, wie sie jetzt für die Färber vorliegen. Bei den Krefelder Färberbewegungen von 1906 und 1909 belief sich der jedesmalige Erfolg auf bloß 100—130000 M. pro Jahr. Und trotzdem hat der sozialdemokratische Verband beide Male glatt, ohne Kampf, abgeschlossen. Die Färberbewegung im Wuppertal 1910 ging nach 11wöchigem Kampf zu Ende, der Erfolg war weit geringer wie er jetzt in Krefeld vorliegt. Sowohl die selbstständigen Färber, als auch die übergroße Mehrzahl der Hilfsarbeiter, **sowie die Arbeiterinnen** gingen leer aus. Mehrere Wochen nach dem Kampf lagen noch über 60 Färber auf der Straße. Warum ist der sozialdemokratische Verband jetzt auf einmal so anspruchsvoll geworden, daß er die von seinem Krefelder Beamten als „nicht unbeträchtlich" bezeichneten Zugeständnisse der Unternehmer für „zu geringfügig" hält, um den Vertrag abzuschließen? Läßt sich ein derartiges Verhalten mit rein sachlichen Gründen erklären?

Wir sagen: Nein! Und je mehr man sich alle Symptome der jetzigen Bewegung vergegenwärtigt, und mit der beim „deutschen" Verbande sonst üblichen Taktik vergleicht, desto mehr kommt man zu der Ueberzeugung, daß die Angst der Führer vor der Rebellion der Massen und das Bestreben, unseren Verband bluten zu lassen, die eigentlichen Motive sind, die den sozialdemokratischen Verband zur Aufnahme des Kampfes veranlaßt haben. Ob das mit Wissen und Willen der ganzen Zentralleitung des genannten Verbandes geschieht, sei vorerst dahingestellt. Es muß das

aber angenommen werden, da der Vorsitzende, Herr Hübsch, das ganze Vorgehen doch offenbar im Einverständnis mit dem Zentralvorstand sanktioniert hat. Wir werden unser Verhalten auch demgemäß einzurichten wissen.

* * *

Der Zweck der Uebung.

Mit sachlichen Gründen ist das Verhalten des „deutschen" Verbandes in Krefeld nicht zu erklären. Zwar führte der Zentralvorsitzende Hübsch aus Berlin als „sachlichen" Grund an, als von Vertretern unseres Verbandes die schwerwiegenden Bedenken gegen die Fortführung des Kampfes ins Feld geführt wurden, man müsse den Unternehmern die Aussperrungslust einmal austreiben. Auf diesen „sachlichen" Grund mag folgendes erwidert werden:

Es können Verhältnisse geben, wo die Durchführung eines Kampfes unter dem Gesichtspunkte tatsächlich gerechtfertigt ist. Aber in diesem Falle scheint uns Krefeld ein sehr ungeeigneter Platz für solche mindestens sehr fragwürdigen Experimente zu sein. Dort, wo das Unternehmertum jede geringfügige Forderung der Arbeiter mit der Aussperrung beantwortet, wo es sich gegenüber den Gewerkschaften schroff ablehnend verhält, ist eine solche Taktik unter Umständen gerechtfertigt. Es liegt uns fern, das Vorgehen der Krefelder Unternehmer zu beschönigen oder zu verteidigen, aber sie haben doch mit den Gewerkschaften verhandelt, sie sind, wie es selbst in einer sozialdemokratischen Eingabe an die Fabrikanten hieß, „nicht unbeträchtlich entgegengekommen". Sie haben schließlich selbst in der Frage des Endtermins des Tarifangebots eine für die Arbeiter wichtige Konzession gemacht. Mit Rücksicht darauf scheint uns die Anwendung der Hübsch'schen Taktik doch nicht der Inbegriff gewerkschaftlicher Weisheit und in Krefeld diesesmal sehr schlecht am Platze zu sein. Sie könnte hier leicht das Gegenteil von dem bewirken, was man erreichen will. Sie wäre u. E. sehr angebracht in Sachsen, in Thüringen, der Lausitz usw., wo die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ganz miserabel sind, das Unternehmertum auf dem protzigen Herrenstandpunkt steht und die geringste Forderung der Arbeiter mit einer großen Aussperrung beantwortet. Aber sonderbarerweise wendet da der „deutsche" Verband eine entgegengesetzte Taktik an: er kneift allenthalben und geht jeder Aussperrung geflissentlich aus dem Wege. Also die Taktik des Herrn Hübsch können wir in diesem Falle als einen sachlichen Grund nicht gelten lassen.

Tatsächlich liegen die Gründe für das Verhalten des „deutschen" Verbandes auf einem ganz anderen Gebiete.

Die Färber, die jetzt den Streik führen, bilden die Kerntruppe der sozialdemokratischen Textilarbeiterbewegung in Krefeld. Sie sind durchweg sehr radikal veranlagt und von anarchistischen Einflüssen und Gedankengängen stark befangen. Der Verband „deutscher" Textilarbeiter hat das wiederholt in einer recht unangenehmen Weise zu fühlen bekommen. Seine Krefelder Führer finden nicht den Mut, diesen radikalen Elementen gegenüber, die sein ganzes Verbandsleben in Krefeld vergiften, eine entschiedene Stellung einzunehmen und die gewerkschaftlichen Grundsätze hochzuhalten. Obwohl einige Vertreter des Verbandes „deutscher" Textilarbeiter bereits vor der Aussperrung erklärt haben, daß bei den Zugeständnissen der Unternehmer die Aufnahme der Aussperrung kaum noch zu verantworten sei und auch durch eine Aussperrung nicht mehr viel für die Arbeiter erzielt werden könne, können sie sich nicht zu der Höhe gewerkschaftlicher Führerschaft aufschwingen, sich dem radikalen, egoistischen Drängen der Färber entgegenzustemmen. In einzelnen Stadien der Bewegung haben sie eine recht klägliche Haltung eingenommen. So sind die Zügel ihren Händen entrissen worden, und die Färber beherrschen tatsächlich die Situation. Diese stürzen den Verband in große Unkosten und in ganz waghalsige Experimente, ohne daß ihre „Führer" es wagen, ihnen ein entschiedenes Halt zuzurufen.

Genährt wird das unheilvolle Verhalten der Färber noch durch die rüde, jeder gewerkschaftlichen Erziehung bare Schreibweise ihres Verbandsorgans, des „Textilarbeiters", und ferner dadurch, daß bei früheren Bewegungen die Beamten des „deutschen" Verbandes den Arbeitern gegenüber eine recht zweifelhafte und zweideutige Rolle gespielt haben. Daß innerhalb zweier Jahre sowohl die Gauleitung als auch die Filialverwaltung des „deutschen" Verbandes in Krefeld wechselten, kommt nicht von ungefähr.

So feiert heute in Krefeld der gewerkschaftliche Radikalismus und Anarchismus Triumpfe, die allerdings die Verbände und die gesamte Arbeiterschaft der Krefelder Industrie bezahlen müssen.

Einig dagegen sind sich die sozialdemokratischen Färber und ihre „Führer" in der Absicht,

bei dieser Gelegenheit dem verhaßten christlichen Verbande einen gehörigen Schlag zu versetzen.

An der Aussperrung sind rund 4000 sozialdemokratisch und rund 6000 christlich organisierte Arbeiter beteiligt. Das ist des Pudels Kern; da offenbart sich der teuflische Zweck der waghalsigen Uebung. Daß die christliche Textilarbeiterorganisation im rheinisch-westfälischen Textilindustriebezirk und spzl. am Niederrhein im Vergleich zum „deutschen" Verbande eine wesentlich stärkere Stellung einnimmt, war diesem schon immer ein Dorn im Auge. Seine Taktik ist seit vielen Jahren in diesen Bezirken systematisch darauf gerichtet gewesen, die christliche Organisation zu schwächen, sie in schwere Kämpfe zu verwickeln und die Mitglieder gegen den Verband aufzuhetzen. Zu diesem Zwecke betreibt er im Krefelder, Aachener, M.-Gladbacher und in den westfälischen Bezirken systematisch eine Uebertrumpfungspolitik. Er sucht allenthalben folgenschwere Lohnbewegungen und Kämpfe zu entfachen, verdächtigt die Führer unserer Bewegung und gibt überall reichlich Unterstützung selbst an solche Leute, die gerade in den Verband eingetreten sind und ein satzungsgemäßes Recht auf Unterstützung nicht haben. Daß das auch in seinen eigenen Reihen zu einer Verwilderung der gewerkschaftlichen Sitten führt, scheint ihm unbedenklich im Hinblick auf den Zweck, den diese Taktik erzielen soll.

Allerdings haben ihm all seine Bemühungen und Kunststückchen nicht viel genutzt. Von einem Fortschritt des „deutschen" Verbandes in Rheinland-Westfalen kann kaum die Rede sein, vielmehr geht er hier den Gang des Krebses. Dem christlichen Verbande hat er nicht zu schaden vermocht. Dieser gewinnt allenthalben an Vertrauen und Ansehen bei der christlichen Textilarbeiterschaft.

Nun hält der „deutsche" Verband die Gelegenheit für gekommen, die christliche Textilarbeiterorganisation finanziell zu schwächen und sie in ihrer Aktionsfähigkeit für eine längere Zeitdauer in Rheinland-Westfalen lahmzulegen. Von einem einwandfreien Zeugen ist festgestellt worden, daß im sozialdemokratischen Volkshause und in anderen sozialdemokratischen Verkehrslokalen es ungeniert ausgesprochen wird: die Christlichen sollen bluten; der christliche Verband soll bezahlen. Von einigen Leuten des „deutschen" Verbandes soll sogar gesagt worden sein, die Färber würden solange streiken, bis kein Christlicher mehr hereinkäme.

Man sieht, welche teuflische Absicht der ganzen Sache zugrunde liegt.

Aber der „deutsche" Verband und seine Krefelder Färber haben ihre Rechnung ohne die christliche Organisation und deren Mitglieder gemacht. Der Plan wird elend zuschanden werden. Die Kanone wird von hinten losgehen. Mit unerschütterlicher Geschlossenheit und Einmütigkeit stehen unsere Mitglieder hinter ihrer Organisation und ihren Führern. Sie haben nur eine Stimme der Verurteilung für das Verhalten der Färber und der schmählichen und schwächlichen Haltung des „deutschen" Verbandes. Auch innerhalb der nichtorganisierten Kreise der Textilarbeiter denkt man mit uns; der beste Beweis dafür ist wohl die Tatsache, daß wir in der letzten Woche eine ganze Anzahl Neuaufnahmen machen konnten. Die öffentliche Meinung steht ganz auf der Seite unseres Verbandes. In den Kreisen der Mitglieder des „deutschen" Verbandes dagegen rumort und rebelliert es. Dieser wird an dem Krefelder Kampfe noch seine helle Freude erleben.

Auch außerhalb des Aussperrungsgebietes regt es sich unter unseren Leuten. Sie halten die Stellungnahme unseres Verbandes für die allein richtige und sind entrüstet über das gewerkschaftliche Verbrechen, das der „deutsche" Verband in Krefeld begeht.

Auf der ganzen Linie muß es sich in unserem Verbande jetzt regen zur Agitation für unsere Sache und gegen den Verband „deutscher" Textilarbeiter.

* * *

Was steht auf dem Spiele?

Der Gewinn, den die Färber im günstigsten Falle aus der Fortdauer des Kampfes zu erzielen vermögen, ist gering und steht in gar keinem Verhältnis zu den großen Opfern, die von den Verbänden, der Arbeiterschaft und der Industrie dafür gebracht werden müssen. Wir haben bereits in der vorigen Nummer der „Textilarbeiter-Zeitung" eine Rechnung unseres Krefelder Beamten, Kollegen Marquardt, über eventl. Erfolg und Opfer des Kampfes wiedergegeben. Die sozialdemokratische „Niederrheinische Volkstribüne" hat die Richtigkeit dieser Rechnung angezweifelt, kann aber mit ihren Zahlen zu einem wesentlich anderen Ergebnis nicht gelangen. Alle Zahlen- und Fechterkunststückchen der sozialdemokratischen Presse vermögen über das schmachvolle, allen gewerkschaftlichen Grundsätzen hohnsprechende Verhalten der „freien" Färber und ihres Verbandes nicht hinwegzutäuschen.

Folgendes Zahlenbild veranschaulicht treffend die Sache:

a) Lohnverluste der Färber (9 Wochen à 25 000 M.)	225 000 M.
b) Lohnverluste der etwa 16 000 sonstigen Textilarbeiter (à 6 Wochen à 18 Mark durchschnittlich)	1 728 000 „
c) Streikunterstützung für die Färber (9 Wochen à 12 M.)	270 800 „
d) Streikunterstützung für weitere 8000 organisierte Textilarbeiter 6 Wochen à 10 M.	480 000 „
Summa	2 703 800 M.

Die sozialdemokratische „Volkstribüne" berechnet den Produktionsausfall bei einer vierwöchigen Dauer des Kampfes mit einem Werte von rund sieben Millionen Mark und einem direkten Schaden für die Arbeitgeber von rund einer Million Mark. Angenommen, die Zahlen stimmten, muß sich dann ein ehrlich denkender Mensch nicht fragen, wo dieser ungeheure Verlust bleibt und wie er auf die Arbeiter zurückwirkt? Ist dieser Produktionsausfall und dieser Verlust der Unternehmer denn ein Gewinn für die Arbeiter? Unser Kollege Marquardt schlußfolgert ganz richtig, wenn er sagt, daß die Fabrikanten wohl gewillt zu sein scheinen, den Kampf bis zur Niederlage der Arbeiter durchzufechten, wenn sie solchen großen Wert aufs Spiel setzen.

Was ist nun auf der anderen Seite im günstigsten Falle zu gewinnen? Wir wollen es mal als möglich bezeichnen, daß für die Mädchen unter 22 Jahren — es kommen rund 200 in Betracht — noch eine kleine Lohnzulage herauskommt. Selbst wenn diese Mädchen sofort eine Mark Lohnerhöhung pro Woche bekämen, dann würde das für die ganze Dauer des Tarifs im Höchstfalle 35 000 M. ausmachen. Man ziehe diese Summe von den oben angeführten Unkosten ab und man hat die Unsinnigkeit des Kampfes klar erwiesen.

Daß aber die Mädchen sofort eine Mark Zulage bekommen, erscheint uns ausgeschlossen. Die Fabrikanten haben wiederholt mit aller Bestimmtheit erklärt, daß sie bis an die Grenze dessen gegangen seien, was sie bewilligen wollten. Sie würden unter keinen Umständen noch etwas zugeben. **Selbst Vertreter des „deutschen" Verbandes haben erklärt, daß nicht viel mehr durch die Aussperrung erreicht werden könne.** Daß sie dennoch diese Aussperrung aufnehmen, ist nicht nur ein gewerkschaftlicher Unsinn, sondern auch ein

gewerkschaftliches Verbrechen.

Denn es ist zu befürchten, daß das unvernünftige Verhalten der sozialdemokratischen Färber und ihrer Organisation einen nachhaltigen großen Schaden für alle Beteiligten bringt.

Erleiden die Färber eine Niederlage, dann ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Krefelder Unternehmer sämtliche Zugeständnisse zurückziehen und daß die Arbeiter unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen wieder in die Fabriken müssen. Die Färbereibesitzer haben bereits Verschlechterungen angekündigt. Bisher ist es in Krefeld möglich gewesen, für die Färber das Tagelohn- bezw. Wochenlohn-System (unter Bezahlung der gesetzlichen Feiertage) zu erhalten, während die Konkurrenz schon lange die Akkordarbeit und das Prämiensystem eingeführt hat. Jetzt kündigen auch die Krefelder Färbereibesitzer die Einführung der Akkordarbeit und des Prämiensystems an.

Ferner kommt folgendes in Betracht. Die Krefelder Industrie ist nicht mit anderen Branchen unseres vielgestaltigen Gewerbes, beispielsweise mit der Baumwollindustrie, zu vergleichen, die bei allgemein guter Konjunktur sich fortlaufender Bestellungen erfreuen können. Die Krefelder Samt- und Seidenbranche stellt eine Spezialindustrie dar, die von der Mode und anderen Zufälligkeiten abhängig ist und durchweg auf kurze Lieferfristen und mit kurzen Konjunkturperioden arbeitet. Diese kurzen Perioden müssen ausgenutzt werden, andernfalls ist das Geschäft für die Zeit endgültig vorbei. Die Kundschaft nimmt aber mit ihren Einkäufen keine Rücksicht auf den Streik. Kann Krefeld den Bedarf an Modeartikel nicht liefern, dann geht die Kundschaft irgendwo anders hin. Bei einer längeren Dauer des Kampfes müssen der Krefelder Industrie viele Aufträge und ein Teil der Kundschaft verloren gehen. Dann gehören auch alle Arbeiter zu den Leidtragenden und dauernd Geschädigten.

Noch auf einen andern Punkt sei hingewiesen, der mit der Eigenart der Krefelder Industrie zusammenhängt. Die Krefelder Unternehmer machen einen großen Teil ihres Geschäftes auf ausländischen Märkten. Es ist aber eine alte Erfahrungstatsache, daß eine verloren gegangene Auslandskundschaft nur sehr schwer wieder zu gewinnen ist. Das trifft für die Krefelder Industrie umsomehr zu, als diese einer scharfen in- und ausländischen Konkurrenz ausgesetzt ist, die sich keine Gelegenheit vorübergehen läßt, die Krefelder Waren zu verdrängen.

Aber das schlimmste ist vielleicht, daß durch das Verhalten der sozialdemokratischen Färber und ihrer Organisation der gesunde gewerkschaftliche Gedanke außerordentlich Schaden leiden muß. Der „deutsche" Verband gibt durch sein Verhalten ein gesundes gewerkschaftliches Prinzip, den Elementarsatz gewerkschaftlicher Regel preis. Es ist immer Grundsatz einer ehrlich meinenden Gewerkschaftsleitung gewesen, daß das Objekt in einem entsprechenden Verhältnis zu den Opfern des Kampfes stehen muß, daß sich eine kleine Gruppe den Interessen der Gesamtheit der Verbandsmitglieder unterzuordnen hat. In Krefeld stellt der „deutsche" Verband diese Dinge geradezu auf den Kopf. Er leistet dem gewerkschaftlichen Radikalismus und dem Anarchismus direkt Vorschub.

Wird der Kampf mit einer Niederlage enden, dann wird Mutlosigkeit und Mißtrauen in weite Kreise der Arbeiter einziehen. Tausende verlieren den Glauben an die gewerkschaftliche Organisation. Die Verbände haben jahrelang zu tun, um das Vertrauen der Arbeiter wieder zu erobern.

Wieviel Arbeiter nach dem Kampfe auf der Straße bleiben werden, läßt sich noch gar nicht sagen. Die Fabrikanten haben bereits erklärt, daß sie längst nicht alle Arbeiter wieder einstellen könnten. Viele werden also arbeitslos auf dem Pflaster bleiben. Bei der Tarifbewegung im Wuppertale im Jahre 1910 hat der Verband „deutscher" Textilarbeiter den Kampf nach elfwöchiger Dauer unter sehr ungünstigen Bedingungen abbrechen müssen. Ueber 100 Arbeiter sind damals nach Abbruch des Kampfes noch lange Zeit arbeitslos geblieben. Das sind doch Tatsachen, die zu denken geben sollten. —

Dem Scharfmachertum arbeitet der „deutsche" Verband die Trümpfe in die Hand. Bisher haben die Krefelder Unternehmer die Gewerkschaften als die berufenen Vertreter der Arbeiter anerkannt und mit ihnen auf dem Boden der Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung verhandelt. Die Arbeiter haben dadurch manchen schönen Erfolg erzielen können. Nun sind aber

seit langem Kräfte am Werke, um dieses gewerkschaftliche Verhältnis zu zerstören. Die „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände" hat sich schon seit längerer Zeit hinter die Krefelder Unternehmer hergemacht, um sie „zur Vernunft" zu bringen. Der „Hauptstelle" paßt es nicht in den scharfmacherischen Plan, daß die Krefelder Fabrikanten sich mit den Arbeiterorganisationsvertretern an einen Tisch zum Zwecke der Beratung der Arbeitsbedingungen zusammensetzen. Sie hat auch jetzt wieder ihre Hand im Spiele. Daß das Verhalten der Genossen Wasser auf den Mühlen dieser Scharfmacher ist, bedarf keiner besonderen Versicherung.

Dann aber erleidet auch das ganze Tarifwesen durch die Krefelder Vorgänge wesentlich Schaden. Es ist in der Textilindustrie noch ziemlich jung und ungepflegt. Nur ganz langsam gewinnt in unserem Gewerbe der Tarifgedanke an Boden. Er wird durch das Verhalten der Krefelder sozialdemokratischen Färber und ihrer Organisation wahrhaftig nicht gefördert, im Gegenteil wird allen Gegnern des Tarifvertrags in der Textilindustrie dadurch erneut Material geliefert.

Und noch eine Seite der Sache mag hervorgehoben werden. In dankenswerter Weise hat sich der Oberbürgermeister von Krefeld der Sache angenommen und schließlich auch durch seine Vermittlung in bezug auf den Endtermin des Tarifangebots einen gangbaren Weg gefunden. Der „deutsche" Verband aber lehnt den Vorschlag des Oberbürgermeisters brüsk ab. Das ermuntert solche Leute wahrhaftig nicht, auch in Zukunft die schwierige und undankbare Rolle des Vermittlers bei Lohnstreitigkeiten zu übernehmen. Daß das kein Verlust ist für die Sache der Arbeiter und der Gewerkschaften, wird doch auch der „deutsche" Verband wohl nicht behaupten wollen.

Nur die sozialdemokratische Partei

zieht einen Nutzen aus der Niederlage der Arbeiter. Darum ist es gar nicht zu verwundern, daß die Krefelder sozialdemokratische „Volkstribüne" ständig Oel ins Feuer gießt und die Färber zum Festhalten an ihrer gewerkschaftlichen Unvernunft auffordert. Wie sagte doch Gmoll in Essen?

Ein Streik, der vier Wochen dauert und verloren geht ist mir lieber als einer, der vier Tage dauert und gewonnen wird.

Der frühere Gauleiter Reimes hat wiederholt gesagt, daß man „die Köpfe der niederrheinischen Textilarbeiter revolutionieren" müsse. Auf einer Generalversammlung des „deutschen" Textilarbeiterverbandes führte er aus, daß es in erster Linie Pflicht der Verbände sei, die Mitglieder zu Sozialisten zu erziehen. Da haben wir's!

Aus dem Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes für 1912.

Im Berichtsjahre haben politische und geistige Strömungen sehr stark auf die Tätigkeit der Gewerkschaften zurückgewirkt. Um sich diese Tatsache zu vergegenwärtigen, genügt der Hinweis auf die in 1912 getätigte Reichstagswahl und die durch sie hervorgerufenen Auseinandersetzungen sowie auf den Gewerkschaftsstreit unter den deutschen Katholiken. Die Reichstagswahl stand unter dem Zeichen erbittertsten Ringens zwischen den bürgerlichen Parteien, mit dem praktischen Ergebnis, daß der Sozialdemokratie die Hasen in die Küche gejagt wurden. Sodann wurde der Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager, auf den später kurz zurückgegriffen werden soll, im verflossenen Jahre auf die Spitze getrieben. Diese Vorgänge verursachten den leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften ziemlich Arbeit, wie sie vorübergehend auch die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften lähmend beeinflußten.

Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung standen

Bergarbeiterfragen

im Vordergrund. Mit dem Vorgeplänkel zu einer Bergarbeiterbewegung — im Ruhrrevier — hebt das Berichtsjahr an und mit der Einleitung einer Bergarbeiterbewegung — im Saarrevier — schließt es ab. Bergarbeiterbewegungen begegnen in Deutschland stets größerem Interesse, weil das Gros der deutschen Bergarbeiter in nur wenigen Bergbaugebieten beschäftigt ist und daher Bergarbeiterbewegungen meist einen größeren Umfang annehmen. In der christlichen Gewerkschaftsbewegung befinden sich sodann die Bergarbeiter in vorgeschobener Stellung, weil der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter die älteste und stärkste Organisation im christlichen Gewerkschaftslager darstellt. Es ist deswegen verständlich, daß die Weigerung der christlichen Bergarbeiter, an dem Kampf im Ruhrgebiet vom Frühjahr teilzunehmen, mit einem Schlage das in Deutschland ohnehin so kompliziert liegende Gewerkschaftsproblem nach allen Seiten aufrollte. Nun sitzt zudem der Kern der Gewerkvereinstruppen im Ruhrrevier, wo sich die Massen „aus aller Herren Länder" drängen und schieben, vielfach wurzellos und voll instinktiver Abneigung gegen Verhältnisse, die den ihrerseits gewohnten oft nur wenig entsprechen, sodaß es nicht schwer hält, den Feuerbrand hineinzuwerfen. Dazu ein Unternehmertum, das sich gegen jeden sozialen Luftzug trotzig und unbeugsam verschanzt. Weil nun die Gewerkschaftsbewegung ebensowenig wie irgendeine andere Körperschaft das Leben nach vorgefaßten Theorien meistern kann, sondern ihre Grundsätze aus dem tatsächlichen Stande der Dinge heraus entwickeln muß, darum hat die Gewerkvereinsleitung hier mehrfach in die Leitung von spontan ausbrechenden Bewegungen eingewilligt, denen an anderer Stelle einfach die strengen Bestimmungen des Statuts entgegengesetzt worden wären. Aber auch im Ruhrgebiet muß auf die Dauer der Gewerkschaftskampf in gewerkschaftlichen Formen geführt werden; denn Gewerkschaft heißt schließlich Organisation, d. i. Disziplinierung, Erziehung der Massen zur geordneten Wahrnehmung ihrer Interessen. Und diejenige Gewerkschaft würde moralischen Selbstmord begehen, die sich dauernd auf dem Vulkan ungezügelter Masseninstinkte bewegen würde. Nur auf der beschriebenen Grundlage ist auf die Dauer eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Vertretern der Großindustrie möglich. Mit ethischen Hinweisen ist den typischen Vorkämpfern des Großindustrialismus nicht beizukommen. Mit Gründen der Logik ebensowenig; denn wenn letzteres der Fall wäre, wie wäre es dann zu erklären, daß, neben den Vertretern agrarischer Interessen, gerade die Vertreter der Großindustrie zu den lautesten Rufern nach **Maßnahmen zur Beschneidung des Koalitionsrechtes** der Arbeiter gehören — Vertreter solcher Kreise also, die ihrerseits sogar den Koalitionszwang in Kartellen usw. bis zur Skrupellosigkeit ausnutzen? Diese Sinnwidrigkeit muß den einseitig auf sich bedachten Kreisen mit aller Entschiedenheit zum Bewußtsein gebracht werden. Dazu gibt es aber vorderhand nur einen einzigen Weg: eine starke, aber auch wirklich disziplinierte Gewerkschaftsbewegung, die das Unternehmertum zur rechten Zeit an der verwundbaren Stelle angreift und so allmählich auch die Allgemeinheit veranlaßt, den Mächtigen in der Montanindustrie klarzumachen, daß sie auf die Dauer nicht gewillt ist, in unsere Zeit sozialen Denkens und Fühlens Auswüchse eines durchaus willkürlich und einseitig interpretierten Feudalismus hineinwuchern zu lassen. Daß die betr. Unternehmerkategorie sich über diese Zusammenhänge durchaus klar ist, beweisen ihre gelegentlichen gehässigen Ausfälle gegen die christlichen Gewerkschaften, die im Berichtsjahre den Beweis geliefert haben, daß auch im Bergbau disziplinierte Gewerkschaftsbewegungen geführt werden können.

Neben großindustriellen Kreisen sind es hauptsächlich

agrarische Interessenten

die nicht nur den ländlichen Arbeitern das Koalitionsrecht vorenthalten wollen, sondern sich auch eifrig um die Einengung des Koalitionsrechtes der Industriearbeiter bemühen; bis jetzt allerdings ohne nennenswerte Ergebnisse. Dennoch müssen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter den diesbezüglichen Bestrebungen unausgesetzt ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Als bekannt wurde, daß die christlichen Gewerkschaften sich der ländlichen Arbeiter in zweckentsprechenden Einrichtungen annehmen wollten, wußte man von agrarischer Seite nichts anderes zu tun, als ihnen ein scharfes „Hände weg!" zuzurufen. Zu einer Untersuchung der Gründe dieses Vorgehens der christlichen Gewerkschaften ist unseres Wissens auch nicht ein Ansatz gemacht worden. Daß sich die christlichen Gewerkschaften ihr Vorgehen, das sie doch immerhin verschiedenes kostet, vorher recht reiflich überlegt haben — der Gedanke scheint gar nicht erwogen zu sein — und daß Kollege Behrens bei all seiner sonstigen Inanspruchnahme noch einmal wieder die Lasten und Schwierigkeiten des Vorsitzes einer erst noch einzuführenden Organisation übernimmt, scheint als der alleralltäglichste der Zufälle hingenommen zu werden. Alles gleitet ab an der Starrheit der einmal bestehenden Vorurteile, die zwar sehr alt, aber keineswegs ehrwürdig sind. Wir würden eine Vernachlässigung unserer dringendsten Pflichten darin erblicken, wenn wir uns an sie stören wollten.

Ueber das Verhältnis zu den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen haben wir bereits in voriger Nummer berichtet. Der

Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager

wurde im Berichtsjahr bekanntlich auf die Spitze getrieben und zu einem bestimmten Abschluß gebracht. Ein Rückblick auf die letzte Periode dieses zehnjährigen Kampfes kann nicht anders als in der Frage gipfeln: Was haben denn nun die katholischen Fachabteilungen erzielt? Legt man den Maßstab an ihre eigenen ziffernmäßigen Erfolge an, dann ist das Ergebnis ein geradezu klägliches und bemitleidenswertes. Die ganzen, mit dem Aufgebote mächtigster Freunde und Gönner durchgeführten zwölfjährigen Anstrengungen haben eine Handvoll von Arbeitern um ihre gewerkschaftliche Fahne gesammelt, ein Grüppchen, dessen Pulsschlag mehr auf Sterben wie auf Leben deutet und das sich daher gleicherweise bei Arbeitern wie Arbeitgebern vergebens um einigen Kredit bemüht. Aber das ist schließlich nicht einmal das Wichtigste, weil diese „Erfolge" ja allzu deutlich die verlorene Position erkennen lassen und die Fachabteilungsbewegung von vornherein als eine vorübergehende Erscheinung kennzeichnen. Wichtiger ist, was von diesen Kämpfen auf dem Schlachtfeld bleibt, nicht allein auf dem direkt organisatorischen Gebiete, sondern in ideeller Hinsicht. Den „Berliner" Führern konnte natürlich die mangelnde Zugkraft ihres Programms nicht verborgen bleiben. Sie suchten daher nach andern Mitteln zur Kräftigung ihrer Bestrebungen unter den deutschen Katholiken und bemühten sich in diesem Sinne um die Gewinnung der Autorität der kirchlichen Hierarchie für ihre Ideen. Wo sich ihnen nur ein Strohhälmchen bot, ergriffen sie es gierig, um es alsbald zum Zwecke unglaublicher geistiger Tyrannisierung zu verwenden und so ihr Schiff flott zu bekommen. Ihre unerhörten Zumutungen trugen ihnen eine energische Abschüttelung verschiedener deutscher Bischöfe ein. Und so kam es dann zu ihrem letzten verwegenen Schritt: sie wandten sich über die Köpfe der deutschen Bischöfe hinweg an das Oberhaupt der katholischen Kirche, um ein Verbot der christlichen Gewerkschaften zu erzielen. Dieses va banque-Spiel schlug aber fehl. Denn, wir haben es schon im Herbst des letzten Jahres geschrieben, Unmögliches kann schließlich auch der Papst, insbesondere in wirtschaftlichen Angelegenheiten und in einem Lande mit konfessionell gemischter Bevölkerung, nicht möglich machen. Und so hat Sitz Berlin mit seinen jahrelangen und vielseitigen Aktionen praktisch lediglich nur erzielt, daß die kirchliche Autorität im katholischen Lager den schwersten Erschütterungen ausgesetzt wurde. Das ist aber das Entgegengesetzte dessen, was die „Berliner" zu erstreben vorgaben.

Auf der andern Seite hat die jahrelange Auseinandersetzung gewiß dazu beigetragen, die grundsätzliche Unterlage der christlichen Gewerkschaftsbewegung so zu stärken, wie es bei keiner anderen ähnlichen Bewegung der Fall ist, und die christlichen Gewerkschaften in der Oeffentlichkeit, in der Wissenschaft und in der öffentlichen Meinung schneller und wirksamer bekannt zu machen, als es unter sonstigen Verhältnissen der Fall gewesen wäre. Nichtsdestoweniger aber ist es ein Kampf gewesen und als solcher mußten, wie in jedem Kampfe, Kräfte in der Abwehr verwendet werden, nach denen in der positiven, aufbauenden Arbeit eine sozusagen schreiende Nachfrage bestand. Was da verloren wurde, ist unwiederbringlich dahin, wenigstens insofern, als es dem gemeinsamen Gegner zugefallen ist.

Die Schlußbemerkungen des Berichtes haben wir bereits in der vorigen Nummer gebracht.

Die hereingefallenen Gelben.

Gelegentlich des Bergarbeiterstreiks im Vorjahre hat unser Zentralvorsitzender, Kollege Schiffer, im Reichstage eine Rede gehalten, in der er auch die gelbe Bewegung zwar durchaus sachlich, aber scharf kritisierte. Er sagte von den gelben Organisationen ganz allgemein, sie seien keine Zierde der deutschen Arbeiterbewegung; sie erzögen ihre Mitglieder zur Unselbständigkeit, zum Schmarotzertum und zur Speichelleckerei. Die deutsche Industrie brauche aber tüchtige und charaktervolle Männer, und auch das Vaterland könne im Wirtschaftsleben keine Feiglinge gebrauchen. In gewerkschaftlichen Arbeiter- und sozialpolitisch gesinnten Kreisen fand dieses treffende Urteil allgemeine lebhafte Zustimmung, im Lager der Gelben dagegen löste es eine förmliche Wut aus.

Die Drahtzieher der gelben Bewegung, der Bundesvorstand der gelben Werkvereine Deutschlands, strengten gegen die Westdeutsche „Arbeiterzeitung", die in ihrer Nummer 26 v. J. das Urteil Schiffers übernommen und zustimmend kommentiert hatte, Beleidigungsklage an. Als Vertreter der Gelben traten die Herren Schönknecht (Charlottenburg), Hofmeister (Magdeburg), Stöber (Dresden), Rupp (Volklingen), Jakobs (Helbra), Heß (Essen), Nalbach (Saabrücken), Drentroeth (Augsburg) und Tilgner (Berlin) auf und klagten gegen den Redakteur Kollegen Elfes von der Westdeutschen Arbeiterzeitung.

Die Klage beschäftigte am 14. November vorigen Jahres in erster Instanz das Schöffengericht M.-Gladbach. Das Gericht erkannte den Klägern die aktive Legitimation zu, nahm die Beleidigungen für erwiesen an und belegte den Angeklagten mit einer Geldstrafe von 100 M. und den Kosten des Verfahrens. Den Privatklägern sprach es die Befugnis zu, den entscheidenden Teil des Urteils nach Rechtskraft auf Kosten des Angeklagten bekannt zu machen. Obschon die Verhandlungen charachteristische Schlaglichter auf das Werkvereinswesen, insbesondere die Abhängigkeit der Vereine von geldspendenden Unternehmern geworfen, nutzten die Vertreter der gelben Bewegung das Urteil weidlich aus. Sie glaubten damit einen „entscheidenden Sieg" gegen alle Gegner der gelben Vereine, insbesondere gegen die christlichun Gewerkschaften erlangt zu haben. Nunmehr aber ist ihnen die Waffe entwunden worden.

Der Angeklagte hatte sofort Berufung eingelegt gegen das Urteil des Schöffengerichts. Urkundlich und auch durch Zeugen wollte er den Nachweis für die Richtigkeit seiner Behauptungen erbringen. Soweit ist es indes in der Verhandlung nicht einmal gekommen. Im Gegensatz zum Schöffengericht bestritt nämlich die Berufungsinstanz den Klägern das Recht, in dieser Sache im Namen und Auftrag der Gelben zu klagen. In der betreffenden Notiz wurden nur System und Ideen der Gelben charakterisiert und kritisiert, ohne bestimmte Kennzeichnung von Personen. Infolgedessen wurde das Urteil der ersten Instanz aufgehoben, der Angeklagte, Redakteur Elfes, freigesprochen und sämtliche Kosten den Gelben zudiktiert. Aus den Verhandlungen gibt die „Kölnische Volkszeitung" (Nr. 263 27. März 1913) folgendes wieder:

Das Gericht wandte sich gleich der Prüfung der Aktivlegitimation zu. Auf Befragen führte Privatkläger Rupp aus: Nicht alle gelben Werkvereine seien im Bund vertreten. Der Bund habe 100000 Mitglieder. Daneben seien noch etwa 25000 Arbeiter in Werkvereinen organisiert, die dem Bund fernständen. Außerdem seien die Vaterländischen Arbeitervereine nicht dem Bund angeschlossen. Dann wurde die Stellung der Privatkläger festgestellt: Schönknecht ist Vorsitzender des Werkvereins der Siemenswerke in Berlin und zugleich Vorsitzender des Bundes. Seinem Berufe nach ist er Schraubendreher. Diesen Beruf übt er aber praktisch nicht mehr aus, da ihn die Organisationsarbeiten zu sehr in Anspruch nehmen. Hofmeister ist zweiter Vorsitzender des Bundes und erster Vorsitzender des Werkvereins in Magdeburg-Buckau. Er ist als Buchbinder eingestellt worden; jetzt ist er in der Registratur des Werkes tätig. Er bekommt 60 Pfg. Stundenlohn. Rupp ist Vorstandsmitglied des Bundes. Er bekleidet das Amt des Schriftführers. Dies Amt ist ihm deswegen übertragen worden, weil er die nötige Gewandtheit zur Abfertigung von Schriftstücken besitzt. Er ist Hüttenbeamter auf den

Röchlingschen Werken, und zwar Stenotypist des Herrn Hermann Röchling. Jakobs ist Vorstandsmitglied des Bundes und Vorsitzender des Vereins reichstreuer Berg- und Hüttenarbeiter. Heß bezeichnet sich als Gründer des Kruppschen Werkvereins. Zur Zeit der Gründung des Vereins war er Bohrer. Als der Verein wuchs und die Arbeit für ihn zunahm, hat Heß die Firma gebeten, ihn von seiner beruflichen Arbeit zu befreien, damit er den Anforderungen der Vereinsarbeit gerecht werden könne und damit auch der Vorwurf, der gegen ihn erhoben wurde, er sei nur ein von der Firma vorgeschobener Strohmann, widerlegt werde. Die Firma ist dem Wunsche nachgekommen. Sein Gehalt, so sagt er, beziehe er von der Firma, die es aber jedesmal am Jahresschluß vom Verein zurückbekomme. Nalbach ist stellvertretender Kassierer im Bundesvorstand. Er ist mit einem namhaften Gehalt bei dem Röchlingschen Hüttenwerk als Obermeister angestellt. Stöber ist Vorstandsmitglied des Bundes und Leiter eines gelben Metallarbeitervereins in Dresden. Drentroeth ist im Bundesvorstand und Vorstandsmitglied des gelben Vereins in Augsburg. Tilgner ist im Bundesvorstand und Vorsitzender des Werkvereins Sanitas. Er ist Mechaniker.

Rechtsanwalt Voege, der Vertreter des Angeklagten, führte aus: Aus den Feststellungen gehe hervor, daß keiner der Privatkläger das Recht habe, klagbar vorzugehen. Die Beleidigung solle darin bestehen, daß der Angeklagte die Ausführungen, die der Abgeordnete Schiffer im Reichstage gemacht hat, wörtlich wiedergegeben und dem sachlichen Inhalte nach gebilligt habe. Die ganzen Ausführungen richteten sich aber gegen die Organisation als solche. Sie besagten, daß die gelbe Organisation und die gelben Ideen eine ungünstige Einwirkung auf die Arbeiter ausüben müßten. Die Ausführungen richteten sich nicht gegen einzelne Personen, sondern gegen das gelbe System. Ferner sei wichtig, daß im Bund, den die Kläger vertreten, kaum die Hälfte der Mitglieder der Gelben vereinigt seien. Etwa 100000 Werkvereinsmitglieder stünden außerhalb des Bundes. Außerdem sei der Bund deutscher Werkvereine eine ganz lose Organisation. Ein Bundesstatut, das für die Werkvereine bestimmend sei, existiere nicht. Die einzelnen Werkvereine hätten ihre besonderen Satzungen, die im einzelnen wesentlich voneinander abwichen. Ferner würden eine Reihe von den dem Bund angeschlossenen Werkvereinen keine Delegierten in den Bundesvorstand entsenden. Alle diese Momente sprächen dafür, daß die Kläger zum Klagen nicht berechtigt seien.

Nach kurzer Beratung verkündete der Berufungsrichter folgendes Urteil: Im Gegensatz zu dem ersten Gericht ist das Berufungsgericht der Ansicht, daß die Privatkläger die Aktivlegitimation nicht besitzen. Der Angeklagte hat mit seinen Ausführungen nicht die Privatkläger, sondern das System der gelben Werkvereine treffen wollen. Der Angeklagte wird daher freigesprochen. Die Kosten fallen den Privatklägern zur Last.

Die Gelben werden von diesem Urteil wohl nicht ganz erbaut sein und sie müssen anstatt Fanfaren, die sich nach dem M.-Gladbacher Schöffengerichtsurteil ins Land schmetterten, nunmehr Jerimaden anstimmen. —

Interessant ist übrigens, daß die Kläger sämtlich in gut bezahlten Posten stehen und selbst die, die vorher gewöhnliche Arbeiter waren, bald infolge ihrer Tätigkeit innerhalb der gelben Vereine in bessere Stellungen kamen.

Allgemeine Rundschau.

Zur Textilarbeiteraussperrung am Niederrhein.

Die Forderungen der Arbeiterinnen unter 22 Jahren. Unter den nichtbewilligten Forderungen der Färbereiarbeiter betrifft eine speziell die Arbeiterinnen. Für diese war Erhöhung des Wochenlohnes um 1 M. beantragt. Der Lohn sollte sofort um 50 Pfg. und im zweiten Tarifjahr wiederum um 50 Pfg. pro Woche erhöht werden. Die Unternehmer haben nur den Arbeiterinnen über 22 Jahren eine Mark pro Woche mehr bewilligt. Das ist an sich gewiß bedauerlich. Auch wir vertreten die Ansicht, daß die geforderte Erhöhung des Wochenlohnes für alle Arbeiterinnen durchaus berechtigt war und daß hier die Unternehmer etwas mehr Entgegenkommen hätten zeigen dürfen. Unsererseits ist denn auch alles geschehen, um der erwähnten Forderung Geltung zu verschaffen. Bis zum letzten Augenblick vor der Aussperrung haben unsere Organisationsvertreter den Unternehmern gegenüber gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Verband an dieser Forderung festgehalten. Sie taten es, obschon die Arbeiterinnen fast ausschließlich dem sozialdemokratischen Verbande angehören. Als aber unsere Organisationsleitung vor die inhaltsschwere Frage gestellt wurde, ob sie angesichts der gemachten Zugeständnisse und der verbleibenden Restforderungen die Aufnahme eines derart umfangreichen und opferheischenden Kampfes zu verantworten vermöge, da konnte auch die Rücksicht auf die Arbeiterinnen sie zu keiner anderen Entschließung bringen. Die Zahl der Arbeiterinnen, für die nichts bewilligt war, beläuft sich auf zirka 200. Sie bilden also gegenüber der etwa 2500 Köpfe zählenden Gesamtbelegschaft der Färber nur eine kleine Minderheit. Ihretwegen einen solchen Riesenkampf aufzunehmen, war darum nicht zu verantworten. Dazu kommt, daß diese Arbeiterinnen zum weitaus größten Teil erst **während der Bewegung** dem sozialdemokratischen Verbande beitraten. Das hätte eigentlich auch den letzteren bestimmen müssen, auf den für die Arbeiterinnen gestellten Forderungen nicht unter allen Umständen zu verharren. Doch dem sozialdemokratischen Verband war es ja offenbar weniger um die Wahrung sachlicher Arbeiterinteressen zu tun. Die eigentlichen Beweggründe, die ihn zur Aufnahme der Aussperrung veranlaßten, haben wir in voriger Nummer schon dargelegt, es ist die Furcht vor dem Radikalismus der eigenen Mitglieder und das Bestreben, die verhaßte christliche Organisation verbluten zu lassen. Das letztere Ziel werden die Genossen allerdings niemals erreichen.

Ein Denkmal der Schande. Welche zweifelhafte Rolle der Verband „deutscher" Textilarbeiter in Krefeld spielt, geht am besten aus folgender Tatsache hervor. Die Krefelder Färber streiken, um auch ihre letzten Forderungen durchzusetzen. Die Unternehmer kamen „nicht unbeträchtlich" entgegen, wie es selbst in einer Entschließung einer sozialdemokratischen Versammlung heißt. Rund 20000 Arbeiter sind der Halsstarrigkeit der Färber wegen ausgesperrt. Die Verbände kostet es Tausende von sauer zusammengetragenen Arbeitergroschen. In zahlreichen Arbeiterfamilien muß bei einer längeren Dauer des Kampfes Not und Elend einziehen. Und was geschieht nun?

In Elberfeld und Barmen, einer Domäne des „deutschen" Textilarbeiterverbandes, wird frischweg von den Genossen Streikarbeit gemacht. Ganze Fuhren gingen von Krefeld nach Elberfeld und Barmen, um dort in den Färbereien von Mitgliedern des „deutschen" Textilarbeiterverbandes verarbeitet zu werden. Aus Elberfeld, aus Barmen, aus Ronsdorf u. a., lauter Hochburgen des „deutschen" Verbandes und der politischen Sozialdemokratie, wurde uns berichtet, daß vielfach Ueberstunden für Krefelder Aufträge gemacht werden.

Die Mitglieder des „deutschen" Verbandes im Wuppertale fallen also ihren streikenden Kollegen und Kolleginnen in Krefeld schmählich in den Rücken.

Die Leitung des „deutschen" Verbandes aber hat keine Hand gerührt, um diesem skandalösen Verhalten ihrer Mitglieder im Wuppertale ein Ende zu machen.

Der „deutsche" Verband läßt den Streikbruch seiner Mitglieder zu, weil er in Barmen und Elberfeld rund 6000 Mitglieder sitzen hat, von denen er befürchtet, daß sie im Falle der Verweigerung der Streikarbeit ebenfalls ausgesperrt werden. Damit hat er sich für alle Zeiten in der Arbeiterbewegung

ein Denkmal der Schande

gesetzt.

In der sozialdemokratischen Parteipresse wird die Streikarbeit der Wuppertaler Genossen abgestritten. Einige rote Blätter meinen, es könnte sich „höchstens um einige Paketchen handeln". Andere dagegen suchen die Streikarbeit damit zu entschuldigen, daß sie sagen, „in Elberfelder und Barmer Färbereien würden stets Aufträge für Krefelder Firmen ausgeführt". Damit gibt man auf sozialdemokratischer Seite den Streikbruch ja eigentlich zu, man sucht ihn nur abzuschwächen und zu entschuldigen.

Wie es in Wirklichkeit mit der sozialdemokratischen Streikarbeit steht, geht aus folgendem Briefe hervor, der uns unterm 29. März cr. aus Barmen zuging. Der Brief lautet:

„Es wird hier in Barmen, Elberfeld, Langenberg und Ronsdorf Streikarbeit für Krefeld gemacht **und zwar im Einverständnis mit der Leitung des sozialdemokratischen Verbandes.** Auch werden bei **vielen Firmen Ueberstunden** gemacht. Es sind sogar Sachen gefärbt worden, die schon eine Vorverarbeitung in anderen Färbereien erfahren hatten; **der sicherste Beweis für das Vorliegen von Streikarbeit;** so bei Gebrüder Röttgen u. Co. in Langenberg. In allen Färbereien, wo Streikarbeit gemacht wird, sind teils ausschließlich, teils in überwiegender Mehrzahl waschechte Genossen, Mitglieder des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, beschäftigt. Ein Teil darunter macht diese Arbeiten nur mit Widerstreben und gesteht offen zu, daß es das **größte Unrecht sei, die Streikarbeit zu machen.** Die Verbandsleitung habe es aber erlaubt und deshalb trage **diese die Verantwortung.**"

In der vorigen Woche wurde vor den Färbereien der genannten Orte ein Flugblatt verteilt, das, der Sprache nach zu urteilen, von der „Freien Vereinigung" (Anarchos) ausgeht. Auch darin werden die sozialdemokratischen

---

Frühling.

Die Türen auf! Laßt hellen Schein
In meine Halle quellen,
Und laßt sie rauschen in mein Herz,
Die lichten Frühlingswellen.

Der Lenz ist da! Jungfräulich steht
Der Wald im Feierkleide,
Und hellem Finkenliede wich
Das Eis vom Winterleide

Wie sind Arbeiterinnen-Kommissionen einzurichten und wie sollen dieselbe arbeiten?

(Referat der Kollegin M. Romer auf der Arbeiterinnen-Konferenz in Mülhausen.)

Werte Kolleginnen!

Auf die Notwendigkeit der Gründung von Arbeiterinnen-Kommissionen ist bereits hingewiesen worden. Meine Aufgabe soll nun darin bestehen, Ihnen zu zeigen, wie die Kommission zusammengesetzt sein soll und wie dieselbe zu arbeiten hat.

Es ist selbstverständlich, daß die Kommission nicht nur den Namen zu führen hat, sondern daß sie eine wirkliche Agitations-Kommission sein muß. Wie soll nun die Kommission zusammengesetzt sein. Sie muß vor allem aus eifrigen, arbeitsfreudigen Kolleginnen bestehen, welche gewillt und befähigt sind, bei ihren Geschlechtsgenossinnen für unsere christliche Gewerkschaftssache zu werben. Aus wieviel Kolleginnen soll nun eine solche Kommission zusammengesetzt sein? Hier läßt sich eine bestimmte Zahl nicht angeben. Im allgemeinen kann man sagen: Je mehr opferfreudige Kolleginnen sich in den Dienst unserer Bewegung stellen, je besser ist es.

Die Arbeiterinnen-Kommission in Mülhausen besteht aus 15 Kolleginnen, eine Zahl, die für eine große Ortsgruppe gewiß nicht zu hoch erscheint. Die Mitglieder der Arbeiterinnen-Kommission sind aus der Gesamtzahl der weiblichen Mitglieder heraus zu wählen. Ihren Vorstand, der wenigstens aus einer Vorsitzenden und einer Schriftführerin bestehen muß, wählt sich die Kommission selbst. Die Vorsitzende hat die Sitzungen einzuberufen und zu leiten, den Arbeitsplan aufzustellen usw. Die Schriftführerin hat über die Sitzungen und die gefaßten Beschlüsse ein Protokoll zu führen.

Unbedingt nötig ist, daß die Kommission regelmäßige Sitzungen, am besten allwöchentlich, abhält. In diesen Sitzungen muß der Arbeitsplan besprochen und jedem Mitgliede der Kommission die von ihm zu übernehmende Arbeit zugewiesen werden. Diese Arbeit wird in erster Linie in der Hausagitation bestehen müssen, das heißt, **in der Aufsuchung der Arbeiterinnen in ihrer Wohnung.** Es ist bekannt, daß die Arbeiterinnen im allgemeinen wenig in die Agitationsversammlungen gehen. Deshalb müssen wir die Arbeiterinnen in ihrer Wohnung aufsuchen. Den gewünschten Erfolg mit der Hausagitation werden wir aber nur dann erzielen, wenn diese planmäßig und mit Ausdauer betrieben wird. Das erste bei der Hausagitation ist die Sammlung von Adressen. An dieser Adressensammlung müssen sich alle Kommissionsmitglieder dauernd beteiligen.

Da bemerkt man diese oder jene Mitarbeiterin, welche nicht organisiert ist. Im Geschäft möchte oder kann man nicht mit ihr reden. Aber ihre Adresse kann man erfahren und diese notiert man sich. Auf dem Heimwege begegnet einem diese oder jene Arbeiterin, von der man weiß, daß sie eigentlich in den christlichen Verband gehörte, ihre Adresse wird ebenfalls aufgeschrieben. Oder man kennt Nachbarinnen oder Kolleginnen aus dem Arbeiterinnenverein, diese werden ebenfalls notiert. Auf diese Weise kann jede Kollegin ohne große Mühe dauernd eine hübsche Anzahl Adressen sammeln. Diese Adressen legt jede Kollegin in der Sitzung vor. Hier müssen die Adressen zunächst geordnet werden. Bei dieser Ordnung sind zu berücksichtigen: wo wohnt die betreffende Arbeiterin? welchen Beruf hat sie? welcher Konfession gehört sie an usw. Dann bekommt jede Kollegin einige Adressen zur Bearbeitung zugewiesen. Es ist selbstverständlich, daß jedes Kommissionsmitglied die Pflicht hat, die ihr überwiesene Arbeit gewissenhaft auszuführen. In der nächsten Sitzung erstatten die Kolleginnen dann Bericht über die von ihnen geleistete Arbeit und die dabei gehabten Erfolge. Die Hausbesuche sollen sich aber nicht allein auf die Unorganisierten beschränken. Auch mancher organisierten Arbeiterin wird es gewiß nicht schaden, wenn sie mal zu Hause besucht und aufgerüttelt wird. Das trifft besonders auf jene Kolleginnen zu, die sich gar nicht oder nur selten in den Versammlungen sehen lassen. Wenn eine Kollegin aus dem Verbande austreten will oder gar schon ausgetreten ist, so hat der Ortsgruppenvorstand sofort der Kommission Mitteilung zu machen, damit die Betreffende zum Bleiben oder zum Wiedereintritt veranlaßt wird. Die Hausbesuche sind aber nicht die einzige Art der von der Arbeiterinnen-Kommission zu betreibenden Agitation. Nebenher hat zu gehen die Fabrikagitation. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß die Arbeiterin nicht gerne in allgemeine Versammlungen, welche für Männer und Frauen gehalten werden, hineingeht. Noch weniger wird die Arbeiterin bereit sein, in solchen Versammlungen ihre speziellen Anliegen und Beschwerden vorzubringen. Anders aber ist es, wenn die Arbeiterinnen unter sich sind. Dann wird sich die Arbeiterin offen aussprechen, weil sie sich nicht durch die Anwesenheit von Männern geniert fühlt und überzeugt ist, daß sie volles Verständnis für ihre Ausführungen findet. In solchen Betriebsversammlungen für Arbeiterinnen kann die Lage der Arbeiterinnen im Betriebe besprochen werden. Mißstände können festgestellt und dann die Verbandsleitung beauftragt werden, durch Eingaben usw. auf die Abstellung der Mißstände hinzuwirken. In diesen Arbeiterinnenversammlungen, zu der alle im Betriebe beschäftigten Arbeiterinnen einzuladen sind, bietet sich sehr gute Gelegenheit zur Agitation.

Nachdem von einer Kollegin ein Referat erstattet ist, eröffnet ein Mitglied der Kommission die Debatte und fordert die etwa noch unorganisierten Arbeiterinnen zum Beitritt auf. Die übrigen, natürlich mit Aufnahmescheinen und sonstigem Material ausgerüsteten Kommissionsmitglieder verteilen sich an die verschiedenen Tische oder nach Branchen und betreiben durch Belehrung und Ermahnung von Mund zu Mund eine eifrige und sicherlich auch wirksame Kleinagitation.

Sie sehen also, verehrte Kolleginnen, daß die Arbeiterinnen viele und mannigfache Arbeit zu leisten haben. Ich schließe mit dem Wunsche, daß die Kommissionen überall eine rege Tätigkeit entfalten mögen, zum Nutzen der Arbeiterinnen und des ganzen Verbandes.

Färber bezichtigt, Streikarbeit für Krefeld zu leisten und aufgefordert, diesen Arbeiterverrat einzustellen.

Es wird also tatsächlich im Wuppertale Streikarbeit verrichtet.

Lehrreiche Zahlen. Lehrreich sind die Zahlen, die unser Krefelder Lokalbeamte, Kollege Marquardt, in einer starkbesuchten Versammlung der christlich-nationalen Arbeiterschaft unter lebhaftem Beifall der Zuhörer vorgeführt hat.

Auf die Frage: „Was bringt die Aussperrung der Arbeiterschaft?" sagte er: Alles, was bis jetzt von den Arbeitgebern zugestanden wurde, war schon — abgesehen von der neutralen Zeit — in der ersten Woche des Ausstandes erreicht. Das von uns gebrachte Opfer belief sich auf 75000 M., während wir für die Tarifdauer eine Verbesserung von 945000 M. erzielt hatten. Das ist also ein Gewinn von 870000 M. Nach drei Ausstandswochen hatten wir 225000 M. geopfert. Der Gewinn sank also schon auf 720000 M. Durch die Aussperrung stiegen die Opfer auf 1778200 M., während der Gewinn bloß 945000 M. beträgt. Leitende Persönlichkeiten von sozialdemokratischer Seite haben auch selbst erklärt, daß durch die Aussperrung nicht viel mehr erreicht werden könnte. Es wären höchstens 30000 M. für Mädchen, und falls bei Annahme des Antrages des Lohnausschusses der neue Tarif vom Juni 1916 ab für die nächsten fünf Monate dieselben Vergünstigungen brächte, noch 135000 M., also im günstigsten Falle 165000 M. Mit den 135000 M. würden die Zugeständnisse der Arbeitgeber sich auf 1080000 M. stellen. Für die Arbeiter würde sich aber nach der vierten Woche der Aussperrung bereits eine Unterbilanz von 698200 M. ergeben.

Eine solche Aussperrung zu übernehmen, sei aber ein Unsinn. Nun sei inzwischen die neutrale Zone von drei Monaten eingeschoben worden. Damit sei ja die Gefahr, die von der andern Seite stets betont würde, beseitigt. Nun müßten doch die Mitglieder der andern Organisation ebenfalls Vernunft annehmen und sich sagen: Wir haben weitere Zugeständnisse bekommen. Jede weitere Woche wird von uns nur weitere Opfer fordern, ohne neue Erfolge zu bringen. Die Folgen liegen dann ja auf der Hand.

Geschäftslage und Streik der Färber in Krefeld. Die streikenden Färber und die „Führer" der Sozialdemokratie in Krefeld behaupten, daß die Geschäftslage den Streikenden außerordentlich günstig sei.

Tatsache ist, daß in der Samtbranche das Geschäft schon seit langem recht schlecht geht. **Schon seit Monaten hat man in dieser Gruppe nur 4 bis 6 Stunden pro Tag gearbeitet.**

Die Seide hat eine kurze Periode besseren Geschäftsgangs gehabt, aber auch hier ist eine Stockung eingetreten. Die „Kölnische Volkszeitung" (Nr. 235) führt in ihrem Handelsteile, den auch der „Textilarbeiter" regelmäßig zitiert, u. a. folgendes an:

„Bei den Großhändlern, welche Seidenwaren vertreiben, hat die Pause im Geschäft, welche vor den Festzeiten regelmäßig eintritt, wenn der Verkauf den Kleinhandel stark in Anspruch nimmt, in diesem Jahre verhältnismäßig früh begonnen, nicht bloß, wie sonst wohl, 8—10 Tage vor den Festtagen, sondern um mehrere Wochen früher. Die Ursache ist in mancherlei Umständen zu suchen, darunter die noch wenig entwickelte Jahreszeit, welche das Bedürfnis nach Schaustellung von Toiletten zurückhält, sowie die Ungunst der Zeitverhältnisse im allgemeinen wohl am meisten mitsprechen. Dazu kommt, daß Ostern in das letzte Drittel des Monats März fällt, wenn die Kaufkraft der minder bemittelten Klassen meistens schon abnimmt. Im Kleinverkehr hat daher der Absatz von Erzeugnissen der Kleidergewerbe bisher noch sehr zu wünschen gelassen, und in den davon berührten Geschäftskreisen verspricht man sich davon nur für den Fall noch etwas, daß die letzten Tage vor dem Feste durch schönes Wetter ausgezeichnet wären.

Was die Aussichten für das Geschäft nach Ostern, insbesondere in bezug auf den Verkauf von Schnittwaren für Kleider und Blusen, anbetrifft, so hängt auch hier sehr viel — um nicht zu sagen: alles — von der Witterung ab. Die Nachrichten von der Wahrscheinlichkeit der Erhaltung des Friedens zwischen den Großmächten haben ja eines der Hemmnisse hinweggeräumt, welche bis in die jüngste Zeit hinein den Warenhandel zur weitestgehenden Zurückhaltung in den Verfügungen wegen Neuheiten für die kommende Jahreszeit bestimmt haben. Nicht aber ist die Ungewißheit beseitigt hinsichtlich der Richtung des Geschmacks, welche künftig die Oberhand in der Damenkleidermode gewinnen wird. Diese Ungewißheit, deren unbequeme Nachteile übrigens nicht bloß das heimische Seidengewerbe, sondern auch der gesamte Seidenwarenhandel des Aus-, wie des Inlandes erfährt, wird dadurch noch gesteigert, daß sogar jetzt, zu so vorgerückter Zeit, immerzu Neuheiten an den Markt kommen, die für kurze Zeit Aufmerksamkeit erregen, um gleich darauf durch andere abgelöst zu werden. Dadurch entsteht in der Richtung der Mode — soweit dieser Zustand die Bezeichnung zuläßt — eine an Zerfahrenheit erinnernde Unstetigkeit, die in mancher Hinsicht ungünstig wirkt. Am auffälligsten sind die Wandlungen, denen die Damenhut-Mode fortgesetzt unterworfen ist. Nachdem eine Zeitlang der „bulgarische Geschmack" bei den Hutaufmachungen vorgeherrscht hatte, ist die neueste Laune die, Seidenhüte ohne jegliche Garnierung, bloß mit einer Feder versehen, zu tragen. Die Alleinherrschaft der kleinen Hüte ist gleichfalls schon vorbei; zum wenigsten treten in den maßgebenden Großstädten große Formen neben kleinen wieder häufig auf.

In den wenigsten Zweigen des Seidengewerbes drängt sich seit einiger Zeit die Arbeit, und sozusagen alle empfinden mehr oder minder die Nachteile, die dem Geschäft unmittelbar wie mittelbar aus der Fortdauer des Krieges am Balkan und dem ungünstig fallenden Osterfeste erwachsen. Desto schwerer tragen darum die Kreise, welche von der am 15. März in und um Krefeld Tatsache gewordenen Sperre betroffen sind. Ein von der Behörde angestellter Versuch, die Arbeitgeber zu nochmaligen Verhandlungen mit den ausständigen Färbern zu veranlassen, ist ergebnislos geblieben. Die Arbeitgeber erklärten, in ihren Zugeständnissen an die Arbeitnehmer bis an Grenzen gegangen zu sein, deren Nichtachtung wegen des ausländischen Wettbewerbs dem Gesamtgewerbe nur zum Schaden gereichen würde."

Diese Schilderung eines autoritativen Blattes sollte den streikenden Färbern des „deutschen" Verbandes doch zu denken geben und von ihrem unsinnigen, die Arbeiter- und Gewerkschaftsinteressen schwer schädigenden Standpunkt abbringen.

Eine passende Gelegenheit, seine Kraft zu zeigen, ergibt sich für den Verband „deutscher" Textilarbeiter in seiner Domäne Barmen-Elberfeld. Von dort wird nämlich berichtet:

„Der Tarifvertrag in der Seidenbandindustrie ist am 1. März d. J. ohne Erneuerung abgelaufen, weil die Vertragskontrahenten trotz längerer Verhandlungen hauptsächlich in der Lohnfrage nicht zu einer Verständigung kommen konnten. Die Fabrikanten hatten erklärt, wegen der schon mehrere Jahre anhaltenden Geschäftsflaue weder eine Lohnerhöhung, noch eine Verkürzung der Arbeitszeit zugestehen zu können. Dagegen hatten die Arbeiter ohne befriedigende Zugeständnisse in der Lohnfrage der geforderten dreijährigen Vertragsdauer nicht zustimmen wollen unter Hinweis auf die herrschenden Teuerungsverhältnisse und den Umstand, daß seit Bestehen des Tarifvertrages (1909) keine Lohnaufbesserung erfolgt sei. Auch sei eine Verkürzung der Arbeitszeit an den Samstagen dringend erwünscht. Die Arbeitgeber haben nun in der vergangenen Woche folgenden Vorschlag als Ultimatum gemacht:

An Lohnzuschlägen werden zugebilligt 2 Prozent für Roh- und 3 Prozent für fadengefärbtes Hutband. Bedingung ist hierbei, daß

1. der Vertrag drei Jahre dauert,
2. das Akkordvorrichten ohne Garantierung eines Mindestlohnes in das Belieben des Fabrikanten gestellt wird nach den Froweinschen Akkordsätzen.

Diese Angebote der Fabrikanten sind recht mager. Da hat der „deutsche" Verband die beste Gelegenheit, seine Kraft zu zeigen. In Krefeld haben die Unternehmer alles in allem rund 7 Prozent Lohnerhöhung bewilligt. Das aber ist dem „deutschen" Verbande nicht genug. Wenn die Wuppertaler Unternehmer nur 2 bis 3 Prozent geben wollen, trotzdem seit 1909 keine Lohnerhöhung mehr stattgefunden hat, dann wird der „deutsche" Verband noch Feuer dahinter setzen müssen, um die Krefelder Erfolge zu erzielen. Ob er's tun wird? Warten wir's ab. Vorläufig glauben wir's noch nicht, denn der „deutsche" Verband hat in Elberfeld-Barmen eine große Mehrheit.

Ein frecher Schwindel. Wie schlecht es um die Sache des „deutschen" Verbandes wegen seiner Stellung im Krefelder Färberstreik bestellt ist, geht am besten aus der sozialdemokratischen Presse hervor. Mit sachlichen Gründen vermag sie den „deutschen" Verband nicht zu verteidigen, deshalb greift sie zur Beschimpfung und Verdächtigung unserer christlichen Textilarbeiterorganisation. Getreu dem Kautsky'schen Grundsatze, daß man dem Gegner gegenüber nicht zur Wahrheit verpflichtet sei, greift sie in Ermangelung eines besseren Materials zur Schwindelei. So schreibt die in Augsburg erscheinende sozialdemokratische „Schwäbische Volkszeitung" in ihrer Nr. 71 vom 27. März cr. unter der Ueberschrift: „Der christliche Verrat in Krefeld" folgendes:

„Zu dem von uns schon gestern gekennzeichneten Verrat der Christlichen bei der Aussperrung der Textilarbeiter am Niederrhein wird uns von eingeweihter Seite geschrieben: Der zwischen dem christlichen Textilarbeiterverband und den Textilfabrikanten unter Vermittlung des Krefelder Oberbürgermeisters und unter Assistenz des bekannten Zentrumsabgeordneten Schiffer abgeschlossenen „Vertrag" bezw. dessen Inhalt wurde am Mittwoch in einer Konferenz durch Schiffer dem Vorstande des deutschen Textilarbeiterverbandes persönlich durch folgenden bezeichnenden Brief mitgeteilt:"

Dann wird der Brief des Oberbürgermeisters Dr. Johansen an den Verband „deutscher" Textilarbeiter wörtlich abgedruckt und daran folgende Bemerkung geknüpft:

„Durch diesen Schachzug versuchen die christlichen Führer, im Bündnis mit den Arbeitgebern und dem Oberbürgermeister, den Mitgliedern des deutschen Textilarbeiterverbandes die Schuld an dem Ausstande zuzuschieben."

Die „eingeweihte Seite" hat der „Schwäbischen" Tante einen mächtigen Bären aufgebunden.

Es ist nicht wahr, daß Schiffer auf einer Konferenz dem Vorstande des „deutschen" Textilarbeiterverbandes einen Brief persönlich überreicht hat. Schiffer hat überhaupt keinen Brief an den Vorstand des „deutschen" Verbandes gerichtet. Der Brief, den die „Schwäbische Volkszeitung" veröffentlichte, ist vom Oberbürgermeister Dr. Johansen an die Filialvertretung des „deutschen" Verbandes geschrieben worden. Das ist übrigens in der Presse genügend bekannt gemacht worden. Die „eingeweihte Seite" versteht also den Zusammenhang der Dinge nicht und liest auch keine Tagespresse, oder aber sie behauptet dreist drauf los, um den christlichen Verband zu verdächtigen. Nach aller Erfahrung, die wir mit der sozialdemokratischen Berichterstattung gemacht haben, nehmen wir das letztere an.

Egoismus, Ueberhebung und Mißbrauch der Solidarität. Was die sozialdemokratischen Färber zu ihrem starren Verhalten veranlaßt, entspringt einem krassen Egoismus, einer verabscheuungswürdigen Berufsüberhebung, einer verderblichen Auffassung des Begriffes Arbeitersolidarität. Sie wollen alles erzwingen und denken nur an sich. Daß ungeheure Werte für die Verbände und ihre übrigen Arbeitskollegen auf dem Spiele stehen, ficht sie nicht an. Sie schlagen alle Vorhaltungen leichtfertig in den Wind. Nur sie sind da mit ihren Forderungen, alles andere hat sich ihrem Willen zu fügen. Das ist krasser Egoismus.

Sie sind die Herren der Situation. Sie dirigieren die Lage und ihren Verband samt seinen „starken" Führern. Sie können die Fabrikanten Mores lehren. Sie vermögen ganz Krefeld und Umgebung in Aufruhr zu setzen.

Alle Räder stehen still,
Wenn ihr starker Arm es will.

Laß nur mal einer kommen; an die Färber, an ihre Macht und ihre gewerkschaftliche Bedeutung kann keine andere Berufsgruppe heran. So denken sie. Das ist eine verabscheuungswürdige Ueberhebung, die die anderen Berufsgruppen mit großen Opfern bezahlen müssen.

Die Färber begehen einen groben Mißbrauch der gewerkschaftlichen Arbeitersolidarität. Die organisierte Textilarbeiterschaft Krefelds stand geschlossen hinter den Färbern, solange diese das Maß ihres Verlangens nicht überspannten. Nur der Geschlossenheit und der treuen Solidarität der Verbände und der Arbeiter verdanken die Färber ihren bisherigen Erfolg. Aber sie vergelten diese Solidarität mit grobem Undank. Um unter allen Umständen ihren Willen durchzusetzen, stürzen sie die Verbände in Unkosten, schwächen sie deren Aktionsfähigkeit, bringen sie in zahlreiche Arbeiterfamilien Not, Sorge und Entbehrung. Das ist ein Mißbrauch der gewerkschaftlichen Arbeitersolidarität, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann. Die übrige Textilarbeiterschaft Krefelds hat alle Veranlassung, jetzt weit von den Färbern abzurücken und deren Verhalten entschieden zu verurteilen. Und sie tut es auch. Nicht bloß die unorganisierten Arbeiter und die Mitglieder unseres Verbandes, nein, auch weite Kreise der Mitglieder der sozialdemokratischen Textilarbeiterorganisation haben für das Verhalten der Färber nur ein Wort der Entrüstung und Verurteilung. Sie betrachten das Verhalten der Färber als eine Vergewaltigung der übrigen Textilarbeiterschaft. Diese hat treu zu den Färbern gestanden, ihnen mit zu den Erfolgen verholfen, und zum Dank dafür muß sie bluten, damit der krasse Egoismus der Färber Triumphe feiern kann.

Aber schließlich ist das Verhalten der Färber ja nicht verwunderlich. Vom Verbande „deutscher" Textilarbeiter haben sie wenig vernünftige gewerkschaftliche Schulung erhalten. Namentlich die jetzige Gauleitung bekundet eine förmliche Angst vor ihnen. Die sozialdemokratischen Färber in Krefeld sind vom gewerkschaftlichen Radikalismus und von anarchosozialistischen Einflüssen und Gedankengängen in sehr starkem Maße befangen. Die Führer des „deutschen" Verbandes finden nicht den Mut, kräftig gegen den Strom zu schwimmen. Darum ist es längst so gekommen, daß die Färber die Fiedel streichen und die sozialdemokratischen Führer zu tanzen haben. Sie beherrschen und leiten die Situation. Den Beamten des „deutschen" Verbandes sind die Zügel längst den Händen entglitten.

Mögen die führenden Leute des „deutschen" Verbandes vor den Färbern ihre Verbeugungen machen und dabei die Interessen ihrer übrigen Mitgliedschaft preisgeben, es entspricht nicht der Auffassung von der gewerkschaftlichen Pflicht der Führer und Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes, ruhig zuzusehen, wenn eine einzelne Berufsgruppe, die anerkannt schöne Erfolge erzielt hat, Tausende von anderen Textilarbeitern gewerkschaftlich zu vergewaltigen sucht, nur, um ihren Willen bis zum letzten Pünktchen durchzusetzen.

Adressenänderung christlicher Gewerkschafts-Zentralen. Wie das „Zentralblatt" der christlichen Gewerkschaften bekannt gibt, werden sämtliche in Köln befindlichen christlichen Gewerkschaftssekretariate mit dem 1. April d. J. in das neuerbaute Bureauhaus der christlichen Gewerkschaften verlegt. Die Adressen des Generalsekretariats, des Christlichen Gewerkschaftsverlags, des Holzarbeiterverbandes, des Schneiderverbandes und Graphischen Zentralverbandes, sowie der in Cöln vorhandenen Bezirks- und Lokalbeamten lauten von dem Zeitpunkt an einheitlich: Cöln, Venloerwall 9.

Die Mitarbeit der Jugendlichen. Weil der Reiz der Neuheit sie anzieht, schreibt die „Korrespondent für die Jugendarbeit in den christlichen Gewerkschaften", lassen sich die jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder leicht zu allerhand Posten in der Zahlstelle und im Kartell gewinnen. Für Vorstände und Vertrauensleute ist das gewiß keine unerfreuliche Aussicht. Umso unangenehmer berührt zeigen sie sich aber dann, wenn nach Verlauf einiger Zeit die ganze Begeisterung verraucht scheint. Dann hagelt es Vorwürfe über die Flatterhaftigkeit der Jugend: nie wieder! usw.; hätte man das vorher gewußt . . .

Dazu ist zu sagen: Daß mußte man eben vorher wissen, daß auf die Jungen nicht direkt Häuser zu bauen seien, und darum fällt der Pfeil auf den Schützen zurück. Jugend ist eben Jugend, und wenn wir ihre Mitarbeit wünschen, müssen wir sie als solche, d. h. mit all ihren

Schwächen nehmen, nicht aber irgend ein Ideal, das wir uns vom jugendlichen Mitarbeiter gemacht, zugrunde legen. Dann kämen wir aus den Scherben zerschlagener Hoffnungen nicht heraus.

Halten wir uns bei der Heranziehung jugendlicher Mitarbeiter vor allem **drei** Momente gegenwärtig:

1. Der als Mitarbeiter gewonnene Jugendliche steht der Sache noch durchaus fremd gegenüber, er weiß nicht aus sich selbst heraus, worauf es in seiner neuen Stellung ankommt. Woher sollte er es auch wissen? Er muß also zunächst in sein Amt eingeführt werden. Bedeutet das, daß ihm mit Hülfe des berühmten Nürnberger Trichters alles auf seine Funktionen Bezügliche eingetrieben werden muß, bis er es sozusagen auswendig weiß? Ums Himmels willen nicht! Das wäre ungefähr dasselbe, als wenn man jemand, der nie Chemie gelernt, eine chemische Formel einpauken wollte: die **Begriffe** bleiben ihm buchstäblich **leere** Begriffe, weil er nicht gelernt hat, sich darunter etwas Positives vorzustellen.

Wie soll denn die Einführung erfolgen?

2. Man übt die erste Zeit die betreffenden Funktionen bis auf einzelne Kleinigkeiten selbst aus. Aber so, daß der neue Mitarbeiter dann, wenn ein Mißlingen nicht mehr möglich ist, den letzten entscheidenden Schritt selbst tun darf und dadurch zu der Auffassung kommt, als sei der ganze Erfolg eigentlich **ihm** zu verdanken. Man tritt also im entscheidenden Moment diskret zurück und gönnt dem neuen Mitarbeiter die Freude am gelungenen Werk. Dann wird sein Interesse rege erhalten. Ganz langsam und allmählich läßt man dann, eine nach der anderen, die Vorarbeiten auf ihn übergleiten. Schließlich wird er von selbst die ganze Arbeit auf sich nehmen, und so hat man nicht nur die Gewähr, daß er die Sache kennt, sondern auch, daß er sie freudig ausübt. Damit ist zugleich seine Initiative geweckt; der jugendliche Mitarbeiter, der seine Funktion allmählich sich hat entwickeln sehen, ist befähigt, nun seinerseits wieder neue Mitarbeiter in der gleichen Weise zu gewinnen.

3. Es ist oft leichter, die betreffende Arbeit selbst auszuführen, als sie von anderen ausführen zu lassen. Ohne Zweifel. Aber es geht nicht an, daraus zu schlußfolgern, daß man dann ja besser all den Aerger und den Verdruß, die man in der Anleitung von Mitarbeitern zu gewärtigen hat, sich sparen könne. Dann wird man eben nie dazu kommen, seine Arbeit zu verzehnfachen, wie es beim Vorhandensein verständnisvoller Mitarbeiter der Fall ist. Diese erste Periode mit ihren oft unangenehmen Begleiterscheinungen muß überstanden werden. Man kommt nicht zum süßen Kern, wenn man sich nicht zunächst durch die vielleicht bittere Schale durchgearbeitet hat. Wer die Last auf sich genommen und eine entsprechende Zeit getragen hat, dem winkt auch die Belohnung. Vergessen wir auch in der Frage der Mitarbeiter nicht, daß wir selbst ebenfalls nicht als Meister vom Himmel gefallen sind. Wir haben ja selbst geschliffen und zugestutzt, kurz: **erzogen** werden müssen, und anderen Leuten geht's genau so; auch in der Gewerkschaft.

„Frei"-gewerkschaftliche „Neutralität". Die sozialdemokratische „**Holzarbeiter-Zeitung**" bringt in Nr. 12/1913 einen mit „**Gewaltkampf und Rechtskampf**" überschriebenen Artikel, in dem folgende Weisheit über **Abstammung des Menschen** verzapft wird:

„Im Laufe vieler Jahrtausende hat die Menschheit die weite Bahn zurückgelegt vom **tierischen** oder **tierähnlichen** Zustand zu der Kulturstufe, auf der wir uns heute befinden; der ehemalige **Tiermensch** ist zu einem Kulturmenschen geworden . . . ." Die Menschen haben „allmählich **das Tierische von sich abgestreift und die Bestie in ihrer Brust gebändigt** . . . ." Die „**Menschwerdung des Tiermenschen** hat auch eine Vermenschlichung des Daseinskampfes im Gefolge gehabt". „In den frühesten Zeiten der Menschheit merkte man nichts von einer Menschenliebe, die **angeblich** der Herrgott in die Herzen gepflanzt hat . . . ." usw.

Dabei geben diese Blätter an, Vertreter einer religiös neutralen Gewerkschaftsrichtung zu sein.

Aus unserer Industrie.

Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie

im Monat Februar erfährt in der soeben herausgegebenen März-Nummer des „Reichsarbeitsblattes" folgende Darstellung:

Die **Baumwollspinnereien** im Rheinland und in Westfalen hatten nach einem Berichte des Verbandes rheinisch-westfälischer Baumwollspinner im vergangenen Monat genügende Beschäftigung. Gegen den Vormonat hatte sich die Lage verschlechtert und der Unterschied zwischen Baumwoll- und Garnpreisen um 1 bis 2 Pfg. verringert. Trotzdem war der Eingang von Aufträgen nicht der Produktion entsprechend. Die Folgen des österreichischen Wettbewerbs machen sich immer mehr bemerkbar. Die Lage des österreichischen Baumwollmarktes, welcher durch eine in den Vorjahren den Bedarf weit überschreitende Spindelvermehrung schon länger zu erheblichen Betriebseinschränkungen genötigt war, hat sich durch die lange Dauer des Balkankrieges immer mehr zugespitzt. Dies veranlaßte die dortigen Spinner, ihre Garne ins Ausland abzuschieben, wofür neben dem freihändlerischen Holland in erster Linie Deutschland als das Land, dessen Zölle für Garne am niedrigsten sind, in Betracht kommt. Durch diesen Wettbewerb wird der deutschen Spinnerei erheblicher Schaden zugefügt. Aus Mülhausen wird über ungenügende Beschäftigung in der Baumwollspinnerei geklagt; infolge der Balkanunruhen, sowie einer lebhaften Einfuhr österreichischer Garne ist eine Verschlechterung gegenüber dem Vormonat und Vorjahr eingetreten. In Süddeutschland waren die Baumwollspinnereien infolge des reichlichen Bestandes alter Aufträge in ziemlich guter Beschäftigung, doch ließ der Eingang neuer Aufträge zu wünschen übrig. In Schlesien ist nach einem Berichte des Verbandes Schlesischer Textilindustrieller keine Verbesserung gegen den Vormonat eingetreten.

In den **Baumwollweiß- und Buntwebereien** war die Arbeitslage ziemlich gut, doch schlechter als im Vormonate, da die Frühjahrsaufträge zum großen Teil erledigt sind. Es mußte die Arbeitszeit durch Herabsetzung der Arbeitsdauer verkürzt werden. Aus Schlesien wird über knappe Beschäftigung geklagt.

Die **Vigognespinnereien** waren im guten Geschäftsgange, dessen Abflauen jedoch befürchtet wird, wenn die Balkanunruhen nicht bald aufhören und das Geld nicht billiger wird.

Die **Kammgarnspinnereien** waren nicht ganz voll beschäftigt.

In der **Wollweberei** war nach einem Berichte des Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien der Arbeitsgang sehr lebhaft. Die bereits im Monat Januar vorhandene lebhafte Beschäftigung steigerte sich im Februar, weil in diesem Monat die letzten Aufträge der alten Saison ausgeführt und die Aufträge für die neue Saison bereits aufgenommen wurden. Das Oster- und Pfingstgeschäft sprach außerdem für die lebhafte Beschäftigung im Februar mit. Die Fabriken der **Tuchfabrikation** waren im allgemeinen zufriedenstellend beschäftigt.

Die **Wollwarenfabrikation** war nach einem Berichte des Vereins Schlesischer Textilindustrieller infolge Eintritts der neuen Saison belebter als im Vormonate.

Die **schlesische Leinenindustrie** hatte regelmäßig zu tun.

In der **Seidenindustrie** war die Arbeitslage ziemlich gut; es herrschte Arbeitermangel. Die **Samtindustrie** hatte infolge des Eingangs kleiner Aufträge für die Ausfuhr etwas bessere Beschäftigung als im Februar, dagegen war die Lage der **Samtbandindustrie** nach wie vor ungünstig.

Für **wollene und baumwollene Strickgarne** hielt die gute Beschäftigung an, wenn sie auch der des Vormonats nicht gleich kam, was dem herannahenden Frühjahr und der Abnahme des Gebrauchs von Winterwolle zuzuschreiben ist. Immerhin war die Beschäftigung die gleiche wie um dieselbe Zeit des Vorjahrs, in manchen Betrieben etwas reger.

Die **Strumpffabrikation** hatte im allgemeinen guten Geschäftsgang. Infolge der vorschreitenden Saison war die Nachfrage nach der bereits früher bestellten Ware größer. Es ist vielfach mit Rücksicht auf die Steigerung der Rohmaterialpreise und auf die Wahrscheinlichkeit, bei längerem Zuwarten hohe Preise zahlen zu müssen, flott gekauft worden.

Die Fabrikation von **Schals und Tüchern** klagte über nicht zufriedenstellenden Geschäftsgang. Es haben infolgedessen Verkürzungen der Arbeitszeit stattgefunden.

Die **Trikotwarenfabrikation** hatte gut zu tun.

In der **Strickerei- und Spitzenindustrie** hielt nach einem Berichte des Fabrikantenvereins der sächsischen Spitzenindustrie zu Plauen infolge des Wechsels der Mode die abgeschwächte Lage an. Ein Viertel aller Maschinen mußte außer Betrieb gesetzt werden und die Arbeitsdauer um ein Drittel beschränkt werden.

Die mechanischen **Hanfspinnereien und Bindfadenfabriken** waren gut beschäftigt und konnten gegenüber dem Vormonat eine kleine Verbesserung verzeichnen. Es wurde über Mangel an weiblichen Arbeitskräften geklagt.

Die **Roßhaarspinnereien** waren nach einem Berichte des Verbandes deutscher Roßhaarspinner im normalen Geschäftsgang und berichteten über eine Verbesserung gegenüber dem Vormonate.

Bei den **Druckereien, Bleichereien, Färbereien und Appreturanstalten** trat gegenüber dem Vormonat eine derartige Verschlechterung ein, daß die Beschäftigung für den Berichtsmonat als unbefriedigend bezeichnet wurde. Im Vergleich zum Vorjahr war die Beschäftigung dieses Jahres erheblich schlechter.

9 **Firmen** der Textilindustrie berichteten über eine Arbeiterzahl zu Ende Februar von 9474 gegen 8978 im Vorjahr, woraus sich eine Zunahme um 5,52 v. H. ergibt.

Aus der Textilindustrie berichten 446 **Betriebskrankenkassen** mit 96830 männlichen und 114052 weiblichen Mitgliedern. Gegen den Bestand am 1. Februar 1913 ergab sich am 1. März 1913 eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder ohne Kranke um 1046 männliche und eine Zunahme um 192 weibliche Mitglieder.

Von 100 Mitgliedern nachstehender Verbände waren **arbeitslos:**

	Mitgliederzahl	Febr. 1913	Febr. 1912	Jan. 1913
Textilarbeiter (G.) . .	143534	0,9	0,7	1,0
Textilarbeiter (Ch.) . .	39867	0,7	0,9	1,1
Textilarbeiter (H.-D.) .	6225	0,5	1,4	0,2

Aus dem Tuchgewerbe.

Die Beschäftigung der Tuchfabrikanten war im Januar und Februar d. J. recht befriedigend, in letzter Zeit macht sich aber ein etwas schleppender Geschäftsgang bemerkbar: die allgemeine politische Lage ist dabei von Einfluß. Da die **Versandgeschäfte** einen sehr guten Absatz für das Frühjahr haben, auch die Tuchgroßhändler auf ihren Verkaufspreisen für den nächstjährigen Winterbedarf gute Erfolge erzielt haben, ist bei Klärung der politischen Verhältnisse mit einer baldigen Belebung der Beschäftigung zu rechnen. Von den **Wollmärkten** werden feste Preise gemeldet. Die Februar-Versteigerungen in Sydney und Melbourne verliefen in äußerst fester Stimmung, die Preise verfolgten steigende Richtung. Der feste Markt wird bekanntlich teilweise darauf zurückgeführt, daß die diesjährige Wollschur Australiens gegen das Vorjahr eine Abnahme von rund 200000 Ballen zeigen soll. Die am 4. d. M. eröffnete Londoner Kolonial-Woll-Versteigerung brachte am ersten Tage bei lebhaftem Wettbewerb für Merino- und Kreuzzuchten sehr feste, meist 5 Prozent höhere Preise gegen die Januar-Versteigerung. Die verfügbare Menge ist 155000 Ballen; ein Vergleich gegen das vorjährige größere Angebot in der zweiten Rate ist deshalb nicht angebracht, da ja 1912 die sonst im März stattfindende Versteigerung durch den englischen Kohlenstreik um etwa einen Monat später gelegt und die Zufuhren entsprechend verlängert waren. Der Zeitmarkt verkehrte in den letzten Monaten in sehr fester Haltung. Infolge beunruhigender politischer Nachrichten war vorübergehend ein Rückschlag zu verzeichnen, der aber wieder eingeholt ist; die Notierungen sind jetzt über 6 Frs., **das ist ein so hoher Stand, wie er seit mehreren Jahren nicht zu verzeichnen war.** Die vereinigten Kammgarnspinner haben ihre Preise am 27. Januar und am 20. März um je 5 Pfg. das Kilo erhöht, auch weiße Garne, besonders in feiner Beschaffenheit und hohen Nummern, stehen sehr hoch im Preise.

Da die Tuchfabrikanten in ihren Verfügungen zurückhaltend sind, ist die Beschäftigung der **Kammgarnspinner** augenblicklich nicht stark, die Lieferungen der Spinnereien erfolgen jetzt sechs bis acht Wochen nach Erteilung des Auftrags. Die Cheviot-Mode, welche besonders in den Wintermusterungen seit einigen Jahren überwiegend war, ist jetzt wieder auf den Stand der früheren Jahre zurückgegangen. Die **Musterungen für Winteranzüge** sind in Kammgarnen recht einfach gehalten, lebhafte Farben werden nur in Cheviots gebracht. Es ist noch immer große Nachfrage nach dunkelgrauem (marengo) Kammgarn und Streichgarnstoffen; Hosenstreifen stehen nach wie vor in der Gunst der Verbraucher.

Die politische Lage und die Textilindustrie in Oesterreich.

Der österreichische kaiserliche Rat Julius Stern, Präsident des Vereins der Baumwollweber Oesterreichs, veröffentlicht in der Wiener „Neuen freien Presse" einen Artikel über obigen Gegenstand, dem wir folgendes entnehmen:

In Beantwortung der an mich gestellten Anfrage über die Gründe des Rückschlages in der Weberei und über die Aussichten der Zukunft möchte ich zunächst auf die bekannte und vielfach erörterte Tatsache hinweisen, daß eine kurze Periode der gesteigerten Nachfrage nach österreichischen Geweben für das Ausland eine Vergrößerung der österreichisch-ungarischen Baumwollindustrie zur Folge hatte, die dem normalen Bedarfe weit vorauseilte. Diese erhöhte Nachfrage wurde durch das glänzende Weltgeschäft hervorgerufen, das nach Beendigung des russisch-japanischen Krieges einsetzte.

Die Jahre 1909 bis 1912 standen daher unter dem Zeichen einer Ueberproduktion in der Spinnerei und Weberei, der auch wiederholte Reduktionen der Betriebe, welche teils unter dem Einflusse der Organisation, teils ohne einen solchen vorgenommen wurden, nicht Herr werden konnten. Die solcherart auf labiler Basis stehende Baumwollindustrie war wenig befähigt, den Ereignissen standzuhalten, die in der zweiten Hälfte des Vorjahres eintraten. Der Krieg im nahen Osten raubte unserer Baumwollindustrie einen erheblichen Teil ihres ausländischen Absatzes, und die Befürchtung, daß unsere Monarchie in kriegerische Unternehmungen verwickelt werden könnte, gab zunächst Anlaß zur Einschränkung von Geldkrediten, die, ebenso wie sie vorher, meines Erachtens viel zu liberal gewährt worden waren, nun in etwas rücksichtsloser Art zurückgezogen wurden. Die „Vorsicht", die jetzt geübt wurde, bewirkt wohl in den meisten Fällen, daß die Geldgeber vor Verlusten bewahrt blieben, hatte jedoch eine auffallend große Zahl von Zahlungseinstellungen, namentlich in Galizien und Ungarn, zur Folge, welche die Industriellen und Grossisten der Baumwollbranche in außergewöhnlicher Weise in Mitleidenschaft zogen. In Konsequenz dieser viele Millionen betragenden Schuldenverluste bemächtigte sich der Lieferanten von Baumwollwaren eine Aengstlichkeit, die eine Einschränkung der sonst nach Maßgabe des Bedarfes bewilligten Warenkredite zur Folge hatte. Man nimmt jetzt Anstand, Orders zu effektuieren, die sonst gerne ausgeführt wurden, weil man um deren Bezahlung bangt, und so häufen sich bei den Fabrikanten und deren unmittelbaren Abnehmern die Lagerbestände in einem Umfange, den man bisher nicht für möglich gehalten hätte. Wie lange das so weitergehen kann, das heißt, wie lange die Fabrikanten ihre Betriebe, die vielfach schon jetzt nur stark eingeschränkt arbeiten, überhaupt aufrecht erhalten werden, läßt sich zunächst nicht absehen, denn die Statistik bietet hierfür keine verläßlichen Anhaltspunkte. Die Webereien, welche sich an der Statistik beteiligen, waren am 30. Juni 1911 auf 23 Wochen mit Aufträgen versehen; am 31. Dezember 1911 entsprachen die Orders einer 49wöchentlichen Produktion. Dieser günstige Beschäftigungsgrad hielt bis 30. Juni an, während er am Schlusse des Vorjahres auf 39 Wochen Produktion zurückgegangen war und sich seither um das der Produktion von etwa vier Wochen entsprechende Quantum verringerte. Bei einem solchen Auftragstande sollte das Angebot an Rohwaren kein so drängendes und zügelloses sein wie in den letzten Monaten, denn unter normalen Verhältnissen genügen Orders für ein halbes Jahr, um eine geregelte Produktion zu ermöglichen. Aber die Statistik, so richtig sie auch ziffermäßig sein mag, täuscht insofern, als sie auch Orders mit teilweise sehr langen Schichten — bis in das Jahr 1914 — umfaßt. Diese zu Ende des Jahres 1911, zur Zeit billiger Baumwollpreise, gegebenen Aufträge, welche zumeist spekulativen Charakter hatten, bieten den Fabriken derzeit keine Beschäftigung, zumal

viele Käufer sich, wenn auch unberechtigt, so doch begreiflich, weigern, die Orders termingemäß zu übernehmen und Sortimente für die späteren Monate zu geben. Diese Zurückhaltung, welche vielfach einem Gebote der Vorsicht entspricht, ist begründet in der geringeren Kaufkraft, welche die Bevölkerung derzeit für Textilwaren an den Tag legt. Der schlechte Verdienst, den die meisten in der Industrie beschäftigten Arbeiter gegenwärtig haben, die Einschränkung, die sich jene Familien auferlegen müssen, deren Ernährer derzeit unter den Fahnen stehen, macht sich rückwirkend im Geschäftsgange der Textilfabriken geltend. Die Richtigkeit dieser Annahme wird erhärtet durch die Beobachtung, daß der Absatz in den Distrikten mit vorwiegend agrikoler Bevölkerung ein minder schlechter als in den Industriegebieten ist.

Wenn, wie zu hoffen ist, der Friede auf dem Balkan wiederhergestellt wird, wird auch das Vertrauen zurückkehren, dessen Industrie und Handel bedürfen und, wenn auch langsam, werden wieder normale Verhältnisse eintreten. Es gibt keinen billigeren Ersatz für Baumwollwaren; die Bevölkerung kann derselben für die Dauer nicht entraten. Die, wie manche Anzeichen vermuten lassen, schon einigermaßen gelichteten Lager der Detailhändler bedürfen der Komplettierung, wie dies stets der Fall ist, wenn aus irgendeinem Grunde lange Abstinenz vom Einkaufe geübt wurde. Aus dieser Erfahrung schöpft die Baumwollindustrie die Hoffnung auf Gesundung. Voraussetzung für diese ist aber, daß sich die industriellen Kreise beim Eintritt der Nachfrage von jeder Uebertreibung frei halten und sich die nötige Zurückhaltung in der Produktion auferlegen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Mitglieder, kauft „Berlepsch-Marken"!

Am 30. März feierte Freiherr von Berlepsch seinen 70. Geburtstag. Unsere Mitglieder wissen, was die Arbeiter an diesem Manne haben. Er ist der Bahnbrecher und unermüdliche Förderer der deutschen Sozialpolitik, der Pionier des sozialen Fortschritts. Als Staatsminister hat er trotz aller Widersacher seine besten Kräfte und seinen ganzen Einfluß für eine großzügige und durchgreifende staatliche Sozialpolitik eingesetzt. Ihm war es dabei nicht in erster Linie um die Bekämpfung einer politischen Partei zu tun, er hat Sozialpolitik gefordert aus uneigennützigen Gründen, um der Sache selbst, um der Arbeiter willen, weil er die soziale Reform als eine staatliche und sittliche Pflicht erkannt hatte. Und als er dem industriellen und landwirtschaftlichen Scharfmachertum zum Opfer gebracht wurde, da hat er sich nicht zurückgezogen und andere arbeiten lassen, er ging mit verstärkter Kraft und verdoppeltem Mut an die Arbeit; er trug das Banner der sozialen Reform nun erst recht dem Volke voran.

Was ist Berlepsch ferner unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung? Wie er zu uns steht, das hat er wiederholt in Versammlungen ausgesprochen, das hat er namentlich auf unseren Kongressen mit großem Freimute bekannt. Zu einer Zeit, da die Anwürfe auf unsere Bewegung hageldicht herniedersausten, als durch päpstliche nnd bischöfliche Kundgebungen und Erklärungen sich in weiten Kreisen des deutschen Volkes ein Wirrwar breit machte und viele an unsere Ehrlichkeit zu zweifeln begannen, da stellte er sich hin und sagte: Ich vertraue euch! Ich habe nie an eure Selbständigkeit und Unabhängigkeit gezweifelt. Ich weiß, daß ihr keine Zentrumsgewerkschaften seid. Das war damals in Dresden auf dem Kongreß ein erhebendes Bekenntnis.

Die Gesellschaft für Soziale Reform, der auch die christlichen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit angeschlossen sind, hat sich dahin geeinigt, daß aus Anlaß des 70. Geburtstages ihres verdienten Vorsitzenden ein Berlepschfonds gebildet werde. Einem ausdrücklichen Wunsche des Herrn von Berlepsch entsprechend, soll dieser Fonds nicht gebildet werden aus größeren Zuwendungen aus den Hauptkassen der angeschlossenen Organisationen, **sondern aus vielen kleinen Scherflein der Angehörigen jener Verbände und Organisationen, die die Gesellschaft für Soziale Reform bilden.** Die Bildung des Fonds soll in der Weise vor sich gehen, daß in allen Ortsgruppen Marken mit dem Bildnis des Freiherrn von Berlepsch zum Preise von 10 Pfg. verkauft werden.

Es ist selbstverständlich, daß unsere Mitglieder sich nach Kräften an der Bildung des Berlepschfonds beteiligen, gilt es doch einerseits einem Manne Dank und Anerkennung zu zollen, der sich als unermüdlicher Vorkämpfer auf sozialem Gebiete ein unvergängliches Denkmal in unser aller Herzen gesetzt hat und anderseits sein Werk, dessen Früchte uns in hervorragendem Maße zugute kommen, dauernd sicherzustellen. Die Männer in hervorragenden Stellungen, die sich für die wirtschaftlich Schwachen einsetzen, haben vielfach ein wahres Martyrium zu ertragen. Neben dem Grafen von Posadowsky war seinerzeit Freiherr von Berlepsch in noch stärkerem Maße eine von allen Reaktionären bestgehaßte Persönlichkeit. **An uns ist es nunmehr, zu zeigen, daß Dank und Anerkennung bei den christlichen Gewerkschaftlern noch keine verblaßten Tugenden sind. Nur eine Klasse, die verdienstvolle Männer zu ehren weiß, wird auf die Dauer jene Charaktere und Persönlichkeiten finden, die sie in ihrem Emporsteigen bedarf.**

Aus unseren Bezirken.

Der christlich-nationale Textilarbeiterverband, Bezirk Baden,

hat das verflossene Jahr mit einem erheblichen Zuwachs abgeschnitten. Die Zahl der Ortsgruppen stieg von 23 auf 36 und die Zahl der Mitglieder um 685, und zwar von 1687 am 31. Dezember 1911 auf 2372 am 31. Dezember 1912. Die Gesamteinnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Eintrittsgeldern beliefen sich auf 25 649,34 Mark. An Unterstützungen wurden insgesamt 5629,43 Mark ausbezahlt. Der Zentralkasse konnten noch 15 994,62 Mark zugeführt werden. Lohnbewegungen wurden 8 durchgeführt. Davon waren 1 ganz und 5 teilweise erfolgreich und 2 erfolglos. Für die beteiligten Mitglieder wurden zum Teil bessere Löhne und zum Teil sonstige Verbesserungen, wie vierzehntägige Entlöhnung an Stelle der vierwöchentlichen und Lohnberechnung nach Metern statt Stücklohn rc. erzielt. Auch im begonnenen Jahre ist der christlich-nationale Textilarbeiterverband wieder ein Stück weiter gekommen. An mehreren Orten, wo der Verband bisher nicht vertreten war, konnte er festen Fuß fassen, sodaß die Zahl der Ortsgruppen inzwischen auf 40 mit rund 3000 Mitgliedern gestiegen ist. Der Verband ist die älteste und stärkste Organisation der Textilarbeiter in Baden.

Die christlichen Gewerkschaften Bayerns im Jahre 1912.

Die Nr. 6 des „Zentralblattes" enthält den Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands für 1912. Wie alljährlich reiht sich an denselben auch der Jahresbericht des bayerischen Sekretariates. Derselbe hebt eingangs hervor, daß im vergangenen Jahre die Wirtschaftslage nicht besonders günstig war und in Bayern die politischen Wogen außerordentlich hoch gingen. Die Auseinandersetzungen in den Wahlkämpfen brachten aber doch indirekt den einen Gewinn: es besteht jetzt wenigstens Klarheit über die Stellung der Regierung zur Sozialdemokratie. Trotz der mannigfachen Schwierigkeiten haben die christlichen Gewerkschaften im rechtsrheinischen Bayern Fortschritte zu verzeichnen. Dieselben zählten Ende 1912 5048 Mitglieder in 682 Ortsgruppen. An der Mitgliederzunahme sind 17 Zentralverbände beteiligt. Ortskartelle bestehen 33. Zur wirtschaftlichen Besserstellung der Mitglieder wurden in der Berichtszeit 106 Lohnbewegungen geführt; davon 54 gemeinschaftlich mit anderen Organisationen und 52 allein. In der großen Mehrzahl waren dieselben erfolgreich und endeten mit Tarifabschlüssen und sonstigen Vereinbarungen. Eine der größten, auf Anregung des christlichen Verbandes geführte Lohnbewegung war die der Textilarbeiter in Augsburg, welche mit einem Erfolg von einer Lohnerhöhung von rund 700 000 M. pro Jahr endete. Betreffs der Kämpfe, die der „Gewerkschaftsstreit" brachte, bemerkt der Bericht: „Haben an unseren freundschaftlichen Verhältnissen zu den konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen-, Gesellen- und Jugendvereinen im katholischen Lager nichts geändert. Die Verbandsorgane der Vereine haben uns jederzeit weitgehendste Unterstützung angedeihen lassen, und sie haben auch treue Waffenbrüderschaft gehalten, als es hart auf hart ging." Zum Schlusse hebt der Bericht noch hervor, daß auch das abgelaufene Jahr trotz aller gegen uns gerichteten Angriffe die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht zu erschüttern vermochte. Ferner müßte in diesem laufenden Jahre zwei Aufgaben besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden: erstens die Stärkung der Bewegung und zweitens, daß die christliche Arbeiterschaft überall bei den Wahlen der Versicherungsvertreter auf dem Posten ist.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Aachen. Sozialdemokratische Berichterstattung. Die „Rheinische Zeitung" (Nr. 62 vom 15. März 1913) berichtet über eine Klage unseres Kollegen Weber gegen den verantwortlichen Redakteur Franke des genannten sozialdemokratischen Blattes, sowie gegen den Aachener Geschäftsführer des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes Kuhnen. Die Berichterstattung der „Rheinischen Zeitung" ist echt sozialdemokratisch, indem sie versucht, aus dem Verlaufe des Prozesses eine Niederlage unseres Bezirksleiters Weber zu konstruieren, während in Wirklichkeit die Sozialdemokraten vor Gericht am Pranger standen.

Der Sachverhalt ist kurz folgender: In den Nummern 29 und 31 des sozialdemokratischen „Textilarbeiter" vom Jahre 1912 und in Nr. 158 der „Rheinischen Zeitung" vom selben Jahre wurde Weber schwer angegriffen und beleidigt. Es wurde demselben angedichtet, er sei im Jahre 1912 bei der Aussperrung der Textilarbeiter in Neumünster mit dem Sekretär des Arbeitgeberverbandes zusammen ins Streikgebiet gereist. Der „Textilarbeiter" versah diese unwahren Behauptungen außerdem noch mit allerlei Glossen zu dem Zweck, Weber als einen Arbeiterverräter und Unternehmerfreund zu verdächtigen. Um diesen Zweck vollständig zu erreichen, wurde auch eine Stelle aus dem Bericht des Arbeitgeberverbandes für die Textilindustrie falsch zitiert wiedergegeben. Im Termin vom 13. März d. J. suchten die Angeklagten Kuhnen und Franke ihre Behauptungen abzuschwächen. Sie wollten die Behauptungen, Weber sei mit dem Sekretär des Arbeitgeberverbandes ins Streikgebiet nach Neumünster gefahren gar nicht aufgestellt haben. Sie hätten nur etwas referierend wiedergegeben, was andere ihnen gesagt hätten, hätten aber diese Angaben anderer nicht zu ihren eigenen gemacht. Die Angeklagten Kuhnen und Franke lehnten es daher auch ab, den Wahrheitsbeweis für die Behauptung, Weber sei mit dem Sekretär nach Neumünster gereist, anzutreten. Trotzdem vernahm das Gericht den betreffenden Sekretär des Arbeitgeberverbandes eidlich. Es wurde festgestellt, daß an der Behauptung der Angeklagten nicht ein wahres Wort ist. Für den Angeklagten Franke war es dabei übrigens bezeichnend, daß er behauptete, sein Artikel sei aus dem „Textilarbeiter" entnommen, während durch Vergleichung der Daten zu seiner Verblüffung festgestellt wurde, daß der Artikel im „Textilarbeiter" acht Tage später erschienen war. Das Gericht verurteilte Kuhnen daher wegen öffentlicher Beleidigung zu 30 Mark Geldstrafe und zur Publikation. Bezüglich des Angeklagten Franke nahm das Gericht an, daß ihm die Absicht der Beleidigung gefehlt habe, und daß er die in dem Kuhnenschen Artikel enthaltene Beleidigung nicht zu der seinigen gemacht habe. Das Gericht sprach daher Franke frei.

Beide Angeklagten hatten nun wegen eines im „Volksfreund" erschienenen Artikels vom 13. Juli 1912 Widerklage erhoben. Die Widerklage Kuhnens stützte sich auf zwei Punkte:

1. Es war dem Kuhnen vorgeworfen, daß er bei Gelegenheit einer Lohnbewegung in der Haarener Tuchfabrik die Arbeiter zum Kontraktbruch aufgefordert habe. Zu diesem Punkte sprach das Gericht den Privatkläger Weber frei, da der Wahrheitsbeweis durch eidliche Zeugenaussagen in vollem Umfange erbracht wurde.

2. Dagegen fand das Gericht eine formelle Beleidigung in dem Satze: „Wir müßten dann annehmen, daß es sich um einen jener Schurkenstreiche handelt, die von einem uns gut bekannten Artikelschreiber nicht zum ersten Male versucht werden." Wegen dieser formellen Beleidigung bestimmte das Gericht gegen Weber auch 30 M. Geldstrafe und Publikation.

Auch Franke fühlte sich durch den Artikel des „Volksfreund" beleidigt, weil es in demselben hieß:

„In der gestrigen Nummer derselben (gemeint war die „Rheinische Zeitung". D. B.) wird dann auch wieder in der bekannten Weise gegen den christlichen Textilarbeiterverband ausgepackt, wobei es auf einige faustdicke Lügen selbstverständlich nicht ankommt."

Weiter hieß es:

„Im Auftrage des Kommissionsmitgliedes Peter Kick erklären wir diese Behauptung der „Rheinischen Zeitung" als Schwindel."

Das Gericht vermochte darin keine Beleidigung zu erblicken und wies die Widerklage ab. Die Kosten der Widerklage trägt Franke.

Soweit die objektive Darstellung des Prozesses. Wir überlassen es ruhig der Oeffentlichkeit, zu beurteilen, wer am günstigten abgeschnitten hat. Bezeichnend für die Auffassung der „Rheinischen Zeitung" über die Verpflichtung des Journalisten zur objektiven Berichterstattung bleibt es aber:

1. Daß sie die verunglückte Widerklage ihres Redakteurs gänzlich unterschlägt.

2. Daß sie ihren Lesern wohlweislich verschweigt, daß beide Angeklagten nicht den Mut hatten, für die unerhörten Verdächtigungen des Gewerkschaftssekretärs Weber einzutreten, daß sie vielmehr den Versuch machten, die Sache so darzustellen, als ob sie nichts gegen Weber gesagt hätten.

3. Daß sie ihren Lesern verschweigt, daß eidlich festgestellt wurde, daß Weber nicht mit dem Sekretär des Arbeitgeberverbandes nach Neumünster gereist ist.

4. Daß sie endlich ihren Lesern die Mitteilung vorenthält, daß für den gegen den Geschäftsführer des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes erhobenen Vorwurf der Aufforderung zum Kontraktbruch der volle Wahrheitsbeweis erbracht wurde.

Wer danach das Gerichtsgebäude befriedigt verlassen hat, mag der unparteiische Leser beurteilen. Jedenfalls hat die Leitung des christlichen Textilarbeiterverbandes es nicht, wie die „Rheinische Zeitung", notwendig, der Arbeiterschaft die wichtigsten Momente des Prozesses vorzuenthalten.

Amern-St. Georg. „Wir haben geschlossen in Freundschaft den Bund, und fest und unverdrossen gehalten jede Stund." Mit diesem Liede wurde unsere am 16. März mit der hiesigen Ortsgruppe der Metallarbeiter gemeinsam abgehaltene, sehr gut besuchte Versammlung eröffnet. Zunächst wurde des verstorbenen Mitgliedes Arnold Wolters gedacht, welches von 1902 ab Mitglied des Verbandes und auch Mitbegründer unserer Ortsgruppe gewesen ist. Sein Andenken wurde durch Erheben von den Sitzen geehrt. Es erhielt dann das Wort unsere Sekretärin Harder zu ihrem Vortrag, „Die Bedeutung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses für die Arbeiterinnen." Rednerin wies zunächst nach, daß gerade in der Textilindustrie die meisten Arbeiterinnen beschäftigt werden, und daß hiervon der größte Teil aus jüngeren Arbeiterinnen besteht. Diese seien nun in der Regel sehr unerfahren und schüchtern, was zur Folge habe, daß die Arbeitgeber dieses ausnützten. So wäre es denn erklärlich, daß man in manchen Betrieben noch die traurigsten Verhältnisse antreffen könne. Hier gebe es nur ein Mittel, das sei der gewerkschaftliche Zusammenschluß. Die Arbeitgeber hätten auch ihre Organisation. Nur wenn Organisation gegen Organisation stehe, könne auch für den Arbeiter etwas erreicht werden. Nun dürfte aber die Gewerkschaftsarbeit nicht bloß nach dieser direkt materiellen Seite gewürdigt werden. Die Gewerkschaftsarbeit bringe dem Arbeiter auch viele sonstige Vorteile, die von den Mitgliedern vielfach übersehen würden. Da sei zunächst die Sorge für die Gesundheit, für die Erhaltung der Arbeitskraft, die die Gewerkschaften sich angelegen sein lassen, indem sie eintreten für verkürzte Arbeitszeit und Beschaffung gesunder Arbeitsräume. Dann trete die Gewerkschaft auch dafür ein, daß die Persönlichkeit mehr geschätzt werde, was besonders wichtig sei für die Arbeiterinnen. So betätige sich die Gewerkschaftsbewegung in vielseitiger Weise, was besonders die Arbeiterinnen mehr anerkennen müßten, durch Anschluß an die Organisation. Eine allzugroße Wahl gebe es bei der Eingehung des Organisationsverhältnisses für eine christliche Arbeiterin nicht. Da könne nur die christliche Gewerkschaftsbewegung in Frage kommen. Dann munterte die Referentin die anwesenden Kolleginnen auf, bei der Hausagitation eifrig mitzuwirken, und schloß dann unter stürmischem Beifall ihre Ausführungen. Nachdem der Vorsitzende der Referentin seinen Dank ausgesprochen, und den inzwischen erschienenen Herrn Pfarrer Sprave begrüßt hatte, erteilte er das Wort dem Gewerkschaftssekretär Aretz. Dieser ergänzte die Ausführungen der Vorrednerin und kam dann auf die Aussperrung der Metallarbeiter in Menden und auf die bevorstehende Aussperrung in Krefeld zu sprechen. Hierbei kennzeichnete er ganz besonders das die Arbeiter schädigende Verhalten der Sozialdemokratie. In temperamentvoller Weise wies Redner nach, daß es der Sozialdemokratie in den meisten Fällen um Vernichtung der christlichen Organisation zu tun sei. Nach diesem, mit Beifall aufgenommenen Vortrag wies der Vorsitzende hin auf die vom Kartell geplante Hausagitation in Born und Brüggen, und forderte zu eifriger Mitarbeit an. Wünschend, daß die guten Anregungen nun auch in die Tat umgesetzt werden, schloß der Vorsitzende die so lehrreich verlaufene Versammlung.

Brombach. Unsere Ortsgruppe war im verflossenen Jahre 1912 nicht untätig, wie aus dem Jahresbericht hervorgeht. Darnach wurden 11 Sitzungen, 12 Mitglieder-, 1 öffentliche und 2 Fabrikversammlungen abgehalten. Einer Bewegung um Lohnerhöhung für die Webereiarbeiter blieb der Erfolg hauptsächlich deshalb versagt, weil über die Hälfte der Arbeiterschaft gleichgültig abseits stand. Während dieser Bewegung zu Anfang des Jahres traten eine Anzahl neuer Mitglieder dem Verbande bei, doch stieg und fiel ihr Interesse mit dem Verlaufe der Bewegung. Diese Mitglieder haben eben nicht aus innerer Ueberzeugung, sondern aus einem äußeren Grunde die Organisation schnell aufgesucht, um sie ebenso schnell wieder zu verlassen, als dieser äußere Grund wegfiel. Für den denkenden Gewerkschaftler eine ernste Mahnung! So ist es nicht verwunderlich, wenn unsere Mitgliederzahl um ein Kleines zurückging und zwar von 60 am 31. Dezember 1911 auf 53 am 31. Dezember 1912. Die Gesamteinnahmen betrugen 1065,10 M., die Gesamtausgaben 302,10 M. An die Zentralkasse wurden 763 M.

eingesandt. Die Ausgaben setzen sich wie folgt zusammen: Krankenunterstützung 134,85 M.; Reiseunterstützung M. 7,50; Anteil der Ortsgruppe 159,75 M. In Brombach, Haningen und Haagen kommen etwa 2000 Textilarbeiter in Frage. Davon ist kaum der zehnte Teil organisiert. Die Gleichgültigkeit der hiesigen Arbeiter gegen die Pflichten des eigenen Standes ist noch erschreckend groß. Unsere Mitglieder haben die ernste Aufgabe, unermüdlich und unverdrossen den Organisationsgedanken auszubreiten und die Gleichgültigkeit zu bekämpfen. Wie im ganzen Bezirk, so muß es auch hier vorwärts gehen.

Dülken. Kürzlich kam in der hiesigen Stadtratssitzung der Antrag des Ortskartells der christlichen Gewerkschaften und des katholischen Arbeitervereins um Uebernahme der Kosten der Desinfektion und der Leichenschau auf den Haushaltsetat zur Sprache.

Der Vorsitzende führte zu der Sache aus: Vom Ortskartell der christlichen Gewerkschaften und vom katholischen Arbeiterverein ist der Antrag auf Uebernahme der Kosten der Leichenschau und Desinfektion auf den städtischen Etat gestellt worden. Der Antrag ist erst nach Fertigstellung des Etats eingegangen und konnte nicht mehr berücksichtigt werden. Denn ein so weitgehender Antrag — die Kosten der Leichenschau betragen 1150 M. und die der Desinfektion 570 M. — würden wir so ohne weiteres nicht übernehmen können und wenn wir ihm entsprechen wollten, würden wir ohne Nachtragsetat nicht fertig werden, da doch unser Etat sehr knapp bemessen ist. Die Kommission schlägt vor, den Antrag für den Etat 1914 zurückzustellen. Es ist ja auch bisher schon so gehandhabt worden, daß denjenigen, die das Desinfektions- und Leichenschaugeld nicht bezahlen konnten, dieses aus städtischen Mitteln bezahlt wurde. Den Aerzten wurde dann aufgetragen, den Leuten dies zu sagen und zu erklären, daß dies keine Armengabe der Stadt sei. Das Geld würde auch nicht aus der Armenkasse genommen, sondern durch einen besonderen Fonds gedeckt. Diese Praxis soll auch dann bis zur definitiven Beschlußfassung über den Antrag im nächsten Jahre weiter gehandhabt werden. Die Finanzkommission empfiehlt diesen Vorschlag. Sind sie damit einverstanden?

Darauf antwortete Stadtverordneter Leppers: Es ist nicht das erstemal, daß dieser Antrag eingereicht worden ist. Schon im Jahre 1904 wurde vom Arbeiterverein der Antrag auf Uebernahme der Leichenschaukosten gestellt, aber abgelehnt. Und auch jetzt will die Finanzkommission uns wieder vertrösten bis auf das nächste Jahr. Dies können wir nicht gelten lassen. Die Herren kennen die Verhältnisse bei Krankheits- und Todesfällen in einem Arbeiterhause nicht, sonst würde man unserem Wunsche gerecht geworden sein. Ich möchte bitten, wenn auch jetzt nicht alles, so doch die Kosten der Desinfektion zu übernehmen und die Leichenschau dann im nächsten Jahre auf den Etat zu übertragen. Es muß auch auf die Wünsche der Arbeiter etwas Rücksicht genommen werden. Wenn die städtischen Beamten und Gehülfen eine Erhöhung der Gehälter fordern, so ist man direkt Feuer und Flamme dafür, und dieser Antrag der Arbeiter ist doch auch gerechtfertigt. Diese 570 M. lassen sich auch noch aus den laufenden Mitteln decken.

Stadtverordneter Hellenbrandt: Ich bin auch der Ansicht, daß wir den Antrag annehmen können und ich glaube, daß wir Stadtverordnete, die wir doch aus Arbeiterkreisen hervorgegangen, die Arbeiterverhältnisse kennen. Wenn in einer Familie 2 oder 3 Desinfektionen vorgekommen sind — das ist vorgekommen — und die Familie ist minder bemittelt, so hält es ihr sehr schwer, das Geld dafür aufzubringen. Und nicht jeder Arbeiter will sich das Geld dafür schenken lassen, denn auch der Minderbemittelte hat seine Arbeiterehre und er sieht das Geld von der Stadt als Armengeld an. Ich bitte sie daher, die Kosten für die Desinfektion zu bewilligen. Ich glaube, daß diese 570 M. auch noch durch den Etat aufzubringen sind. Im Laufe des Jahres werden wohl noch größere Summen kommen, die auf den Etat übernommen werden müssen, als diese. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Stadtverordneter Hassels: Der Antrag war früh genug eingereicht, und wenn er auch noch früher eingegangen wäre, so wäre er nicht berücksichtigt worden. Die 1700 M. allein bringen den Etat nicht aus dem Geleise. Wir sollten wenigstens die Kosten für Desinfektion für dieses Jahr übernehmen. Wenn die Stadt das im Ganzen macht, wird es auch billiger, als die Einzeldesinfektion. Es ist schon vorgekommen, und solche Fälle sind mir bekannt, wo zwei Kinder krank wurden. Die Desinfektion kostete 8 M.; es kamen danach noch zwei Fälle vor, und diese wurden gar nicht angemeldet, weil man es nicht bezahlen konnte.

Stadtverordneter Geduldig erklärt sich mit der Notwendigkeit der Bewilligung der Desinfektionsgelder einverstanden, besonders da die Nichtbewilligung dazu führe, daß Krankheitsfälle verschwiegen würden. Die 570 M. würden auch noch zu decken sein, und wenn nicht, könne man ja auch mal mit einem Vorschuß arbeiten.

Beigeordneter Togeretz erklärt sich auch für die Uebernahme der Desinfektion auf den Etat. Der Vorsitzende macht den Vorschlag, die Desinfektion bei Einkommen bis zu 2000 M. frei zu gewähren, womit man den Wünschen der Antragsteller, die die Arbeiter von den Kosten der Desinfektion befreit sehen wollen, gerecht werde. Es sei dann auch wohl nur die Hälfte der Kosten, also 250 M. aufzubringen. Er glaubt nicht, daß Wert darauf gelegt wird, daß die Kosten allgemein von der Stadt getragen werden.

Stadtverordneter Hassert tritt entschieden für die Uebernahme der Desinfektionskosten auf den Etat ein. Es liege eine Gefahr für die ganze Stadt darin, wenn wegen der hohen Kosten von den Minderbemittelten die ansteckenden Krankheiten verschwiegen würden. Bezüglich der Deckung der Kosten verweist er darauf, daß im Etat unter Titel 10, Pos. 16 2720 M. für „unvorhergesehene Fälle" eingestellt sind, von welchen man 570 M. decken könne.

Stadtverordneter Spindler findet die angeführten Gründe berechtigt und spricht sich für die Bewilligung aus. Er ist der Meinung, daß man soeben noch 2000 M. für Wegeanlage bewilligt habe und daß da auch diese Summe noch zu decken sein werde. Dem schließt sich auch Stadtverordneter Meyerman an.

Stadtverordneter Geduldig erklärt nochmals, daß im Grunde alle Mitglieder der Kommission für den Antrag gewesen seien und nur darum, weil der Etat fertig gewesen wäre, hätte man für die Zurückstellung gestimmt. Uebrigens wären für ihn Kommissionsbeschlüsse nicht bindend und wenn er in der Stadtverordnetensitzung eines Besseren belehrt werde, so stimme er auch danach.

Der Antrag wird darauf, soweit die Desinfektion in Betracht kommt, einstimmig angenommen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die gesetzliche Regelung der Kinderarbeit in der Industrie. Mit dem Erwachen des sozialen Gewissens bei den modernen Industrievölkern setzen die Bestrebungen ein, mit gesetzlichen Maßnahmen die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft durch die Industrie einzuschränken. Insbesondere die Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels über die Lage der arbeitenden Klassen in England um die Mitte des vorigen Jahrhunderts öffneten auch den maßgebenden Faktoren in Deutschland die Augen darüber, welche Schädigungen für die physische Kraft der jungen Generation die unbeschränkte Ausnutzung der Kinderkraft im Gefolge hatte. Heute existieren in fast allen Kulturstaaten Kinderschutzgesetze. Abgesehen von den meisten Staaten der nordamerikanischen Union, fast allen Schweizer Kantonen und den britischen Kolonien haben 21 Länder gesetzliche Bestimmungen über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen in der Industrie erlassen. Das Mindestalter, von dem ab jugendliche Arbeiter in der Industrie beschäftigt werden dürfen, schwankt in diesen Ländern zwischen 10 und 15 Jahren. Auf 10 Jahre ist es indes nur in drei Ländern, Argentinien, Bulgarien und Portugal, festgesetzt. Die meisten Staaten gestatten die industrielle Verwendung der jugendlichen Arbeitskraft vom 12. Lebensjahre an, darunter Großbritannien, Rußland und Japan. Frankreich und Holland haben das Schutzalter auf 13, Oesterreich-Ungarn auf 14 Jahre festgesetzt. Für Deutschland ist bekanntlich keine einheitliche Grenze festgesetzt; je nach dem Aufhören des Schulzwangs schwankt sie in den einzelnen Bundesstaaten zwischen 13 und 14 Jahren. Die Gesetze zum Schutze der jugendlichen Arbeiter gelten in Spanien und einigen Staaten der Union nur für Beschäftigte bis zum 14. Lebensjahre; die Mehrzahl der Länder hat diese obere Grenze auf das 16. bis 18. Jahr festgesetzt. Portugal setzt der Beschäftigung weiblicher Personen sogar bis zum 21. Lebensjahre gewisse Grenzen. Der Maximalarbeitstag für Jugendliche ist recht verschieden festgesetzt. Er schwankt zwischen 6 und 12 Stunden. Nur in Finnland geht er für junge Leute von 15 bis 18 Jahren auf 14 Stunden hinauf. Ob man hier wie in all den Fällen, wo der Maximalarbeitstag für Jugendliche über 10 Stunden hinausgeht, von besonderem Schutz sprechen kann, erscheint doch recht fraglich. Die deutschen Bestimmungen lauten, daß Kinder von 13 bis 14 Jahren höchstens 6 Stunden, Jugendliche von 14 bis 16 Jahren im Höchstfall 10 Stunden beschäftigt werden dürfen. Grundsätzlich untersagen alle Schutzgesetze die Nachtarbeit der Jugendlichen.

Versammlungskalender.

Barmen-R. 12. April, 8½ Uhr, bei Eichholz, Krautstr. 61, Bezirksversammlung.
Bramsche. 13. April, 5 Uhr, bei Wilh. vor dem Berge, Generalversammlung.
Burgwaldniel. 20. April, direkt nach dem Hochamt, bei Jakob Klüser, Generalversammlung.
M.-Gladbach-Hardterbroich. 5. April, 8½ Uhr, bei Martin Butzheinen, in Rheydt, Bonnenbroich, Dohlerstr. 150, sehr wichtige Mitgliederversammlung.
M.-Gladbach-Venn. 5. April, 8 Uhr, bei L. Wefers, Poeth, außerordentliche Mitgliederversammlung.
Greven. 13. April, vormittags 11¼ Uhr, bei Winninghoff.
Hehn. 6. April, 11 Uhr, bei J. Hindsches.
Rheindahlen. 20. April, ½10 Uhr, bei Döcker, Generalversammlung.
Säckingen. 15. April, 8 Uhr, im Kath. Vereinshaus.
Wanlo. 6. April, 10½ Uhr, bei Anton Nolden.

An die Ortsgruppen des badischen Albtals.

Wir machen unsere Vorstandsmitglieder, Beisitzerinnen und Vertrauenslente hiermit auf die zweite allgemeine Gaukonferenz für das Albtal, die am Sonntag, den 13. April im Gasthaus „Zum Wattberg" in Ettlingen, nachmittags ½2 Uhr beginnend, stattfindet, aufmerksam. Die Tagesordnung ist äußerst wichtig. Unser Zentralvorsitzender, Kollege C. M. Schiffer, wird an der Konferenz teilnehmen. Für alle Vorstandsmitglieder, Vertrauenspersonen, Beisitzer und Beisitzerinnen ist der Besuch dieser Konferenz Ehrensache. Näheres durch Rundschreiben.

Mit kollegialem Gruße

E. Rümmele.

Adressenänderung.

Das Sekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in Hamburg ist von Heitmannstr. 18 nach „Hamburg 5, Bremerreihe 12 ptr.", verlegt worden.

Mit kollegialem Gruß

G. Hartmann, Hamburg 5, Bremerreihe 12 ptr.
Telephon Gr. V 1478.

Sterbe-Tafel.

†

Es starben die Verbandsmitglieder:

Leonard Niessen in Eupen.
Ludwig Herff in Aachen.
Hubert Moos in Aachen-Burtscheidt.
Johann Jörres in Düren.
Heinrich August Kanis in Greiz.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

„Mit 100 Mark nach Amerika" nebst einem Katechismus „Praktische Ratschläge für Auswanderer", von Kurt Aram. Gebunden Mark 1,—. Verlag F. Fontane u. Co., Berlin-Grunewald. Zu beziehen durch die meisten Buch- und Papierhandlungen. Die Zeiten sind vorüber, da das Wort „Nach Amerika" eine Zauberkraft zu enthalten schien, die alle Bedenken wegen der Ungewißheit der Zukunft zu bannen imstande war. Heute weiß man, daß auch in den Vereinigten Staaten die gebratenen Tauben einem nicht in den Mund fliegen, daß häufige Arbeitslosigkeit als Folge des großen Angebotes von Menschenkräften dem Einwanderer beschieden ist, zumal wenn er mit törichten Vorurteilen bezüglich der Wertschätzung seiner Person behaftet ist. Aber es ist etwas anderes, vom sicheren Hafen bürgerlicher Wohlanständigkeit theoretische Betrachtungen über diese Zustände anzustellen, als am eigenen Schicksal zu erfahren, wie es dort drüben zugeht. Nur wer die Anschauung aus persönlicher Erfahrung gewonnen, wer das Durchkosten aller Empfindungen, die solches Auf und Nieder mit sich bringt, erfahren hat, vermag andere, die sich in ähnliche Lagen begeben möchten, zu belehren und zu warnen.

Es war daher ein glücklicher Gedanke, daß der bekannte Schriftsteller Kurt Aram sich auf Veranlassung der Redaktion der „Gartenlaube" bereit erklärte, das Experiment anzustellen: wie ergeht es drüben einem Einwanderer, der nur seine rohe Arbeitskraft mitbringt und des Englischen nicht mächtig ist? Mit 100 Mark, der für die Landungserlaubnis vorgeschriebenen Minimalsumme, und mit einer Zwischendeck-Fahrkarte ausgerüstet, hat Aram sich auf den Weg gemacht und mehrere Monate hindurch aus dem Ertrage seiner Hände Arbeit seine Existenz bestritten. Er bietet die von diesen Erlebnissen berichtenden Aufsätze jetzt dem deutschen Publikum in einer kleinen Schrift dar: „Mit 100 Mark nach Amerika", die es verdient, als echte Volksschrift in den weitesten Kreisen verbreitet zu werden. Nach zum Teil qualvoller Ueberfahrt betritt er das Land, die gefürchtete Einwandererstation Ellis Island, wo ihm und seinen Reisegefährten gleich drastisch zu Bewußtsein geführt wird, daß das an Menschen gesättigte Amerika wenig Wert auf solchen Zuwachs wenig bemittelter Leute legt. Dann beginnt vom elenden Logierhaus aus die Jagd nach der Stellung. Nur einen Posten, ganz gleich welcher Art, nur die Sicherheit, weiter das Leben fristen zu können. Der Mangel an Englisch ist das größte Hindernis, und wer weiß, ob Aram nicht das Experiment im frühen Stadium hätte aufgeben müssen, wäre nicht der Logiswirt so menschenfreundlich gewesen, ihm einen Aushilfsposten nachzuweisen. Und dann geht es bald mit Hilfe inzwischen gefundener Landsleute weiter, von Stellung zu Stellung, ohne jedoch das Sprungbrett zu erhaschen, von dem er sich zu höherer sozialer Stellung hätte aufschwingen können. Einmal lächelt ihm scheinbar das Glück, aber der Versucher ließ durchblicken, daß moralische Anwandlungen bei seinen Häusergeschäften überflüssiger Luxus wären, und der noch moralisch gebliebene Europäer setzt den Wanderstab weiter. Endlich, nach Monaten, kehrt er zu seiner Kultur zurück — er hatte genügend erfahren, wie schwer es ist, dort drüben sein Glück zu machen.

Niemand wird diese Schilderungen ohne Interesse und Bewegung lesen, die Analyse der seelischen Depressionen zeigt den trefflichen Menschenschilderer in vollstem Glanze. Auf die politischen und sozialen Verhältnisse der Vereinigten Staaten fallen zahlreiche Schlaglichter, namentlich auch was Polizei und Justiz betrifft. Sehr zu loben ist, daß Aram seinem Werke noch dadurch einen weiteren, ganz besonders praktischen Wert gegeben hat, daß er kurze Ratschläge für die Auswanderungslustigen aufstellt. Die Verlagshandlung hat dem Buch ein recht ansprechendes Aeußeres verliehen.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Die große Aussperrung im Krefelder Textilindustriebezirk. — Aus dem Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes für 1912. — Die hereingefallenen Gelben. — **Feuilleton:** Frühling. — Wie sind Arbeiterinnen-Kommissionen einzurichten und wie sollen dieselben arbeiten? — **Allgemeine Rundschau:** Zur Textilarbeiteraussperrung am Niederrhein: Die Forderungen der Arbeiterinnen unter 22 Jahren. — Ein Denkmal der Schande. — Lehrreiche Zahlen. — Geschäftslage und Streik der Färber in Krefeld. — Eine passende Gelegenheit, seine Kraft zu zeigen. — Ein frecher Schwindel. — Egoismus, Ueberhebung und Mißbrauch der Solidarität. — Adressenänderung christlicher Gewerkschafts-Zentralen. — Die Mitarbeit der Jugendlichen. — „Frei"-gewerkschaftliche „Neutralität". — **Aus unserer Industrie:** Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie. — Aus dem Tuchgewerbe. — Die politische Lage und die Textilindustrie in Oesterreich. — **Aus dem Verbandsgebiete:** Mitglieder, kauft „Berlepsch-Marken"! — **Aus unseren Bezirken:** Der christlich-nationale Textilarbeiterverband, Bezirk Baden. — Die christlichen Gewerkschaften Bayerns im Jahre 1912. — **Berichte aus den Ortsgruppen:** Aachen. — Amern-St. Georg. — Brombach. — Dülken. — **Volkswirtschaftliches und Soziales:** Die gesetzliche Regelung der Kinderarbeit in der Industrie. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.

Mitglieder, agitiert für den Verband!